

Komm und wähl mal 2021!

Ohne Kommunalpolitik ist kein Staat zu machen.



Baugenehmigungen, Stromversorgung, Umweltschutz, Freizeit, Kindergärten, Verkehr, Kultur...
Viele Bereiche unseres Lebens werden auf kommunaler Ebene gestaltet. Und deshalb geht Kommunalpolitik uns alle an.

Die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2016 lag im Stadtgebiet Fulda bei 44,2%, an der Oberbürgermeisterwahl 2015 beteiligten sich gar nur 33,3% der wahlberechtigten Bürger*innen, an der Bundestagswahl 2017 dagegen immerhin rund 71%. Im alten Griechenland hieß es: „Wer an den Dingen seiner Gemeinde nicht Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger.“ Perikles (ca. 500-429 v.Chr.)

Nun, man kann an den Dingen seiner Gemeinde natürlich auch anderes teilnehmen, als nur alle vier Jahre seine Kreuzchen zu machen. Denn repräsentative Demokratie bedeutet nicht: „Hier ist der Schlüssel, macht mal!“ Dieses Haus, die-

se Stadt, ist auch dein, mein, unser Haus.

Auch außerhalb des Parlamentes findet sich in Fulda viel Engagement für das Gemeinwesen. Initiativen, Vereine und Einzelpersonen kümmern sich auf eigene Faust um Dinge, die uns als Gemeinschaft stärker und zukunftsfähiger machen und diese Stadt für viele erst lebenswert. Dafür nutzen sie oft ihre ganz eigenen Infrastrukturen und Ressourcen, agieren nach zutiefst demokratischen Prinzipien und erreichen auch Menschen, die sich mit ihren Anliegen und Zukunftsvorstellungen nicht unbedingt durch die gewählten Vertreter*innen repräsentiert sehen.

Auf der anderen Seite übernehmen die größtenteils ebenfalls ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen in zahlreichen Sitzungen und Ausschüssen Verantwortung für ihre und unsere Kommune. Vorlagen müssen vorbereitet, Informationen bewertet und unterschiedli-

che Positionen verhandelt werden. Dass trotz klarer Mehrheitsverhältnisse im Stadtparlament immer noch gerungen wird, ist durchaus bemerkenswert. Auch diesem Engagement wird nicht immer gedankt.

Aber gelebte Demokratie mit dem Ziel eines guten Lebens für alle ist eine große Aufgabe, die den ständigen Diskurs braucht. Es gilt, Kritik auszuhalten und auch mal mutig Neues auszuprobieren. Zuhören, durchlässiger werden, kooperieren. Gemeinwohl vor Klüngel. Im Gegensatz zur „großen Politik“ bestehen gerade auf kommunaler Ebene gute Chancen, hier ganz unmittelbar Einfluss zu nehmen und mitzuwirken. Selbermachen - oder den gewählten Vertreter*innen entsprechend Rückmeldung geben, im persönlichen Austausch oder am Ende auch durch das Kreuz auf dem Wahlzettel. Tun wir das nicht, werden die Wahlprogramme immer unformer und unkonkreter und die

Innovation bleibt auf der Strecke. Denn gerade bei klaren politischen Verhältnissen ist es wichtig, Randgruppen zu integrieren. Eine Stadt von Morgen hat begriffen, dass Subkultur und Randgruppen wichtig sind, so wie ein lebendiges Biotop Nischen hat für Lebewesen, die zum gesunden Leben aller beitragen.

Wir haben deshalb im Vorfeld der Kommunalwahl verschiedene Initiativen, zivilgesellschaftliche Gruppen und Bürger*innen gebeten, uns zu schreiben, welche Anliegen und Vorhaben sie ganz konkret angehen und umsetzen würden, wenn sie selbst bei der nächsten Kommunalwahl ins Stadtparlament einziehen würden und somit Entscheidungsmacht hätten.

Entstanden sind ganz erstaunliche „Wahlprogramme“, die neben den lokal-medial stets gut aufbereiteten gutbürgerlichen (Geschäfts-) Interessen vor Allem Themen wie Nachhaltigkeit, Soziale Gerechtigkeit und den geteilten öffentlichen

Raum in den Fokus nehmen. Wir haben daraus einen Sonderteil zur Kommunalwahl 2021 für diese Ausgabe gestaltet. Beim Lesen der vielen guten Ideen entsteht das Bild einer vielfältigen, lebendigen und robusten Stadt, wie sie tatsächlich Wirklichkeit werden könnte - ein motivierender Gedanke.

Liebe „reale“ Parteien - gerne dürft ihr euch hier noch schnell für Euren Wahlkampf bedienen!

Liebe Wähler*innen - gerne dürft ihr die visionären Programme mit den realen vergleichen.

Und wer dann noch Entscheidungshilfe braucht, sollte unbedingt den Artikel zum Wahlhilfeprojekt des Bezirksjugendwerkes der AWO Nordhessen auf der letzten Seite lesen.

Vielleicht wird der Ausgang der Kommunalwahl ja selbst in Fulda doch mal spannend - jedes Kreuzchen zählt!

Als Förderverein für Kultur, Ökologie und Kommunikation e.V. ist uns im Besonderen die regionale Zusammenarbeit mit Gruppen und Einzelpersonen wichtig, die i.d.R. nicht von öffentlichen Fördergeldern profitieren, deren Ansätze institutionell nicht oder nur vage vertreten werden und die von ökologischer Nachhaltigkeit geprägt sind. Dabei setzen wir auf Netzwerke, Mitbestimmung, Ideenaustausch, Engagement und Humanität und schätzen insbesondere die Kompetenz von Gruppen und Personen, die sich in ihren Themenfeldern intensiv eingearbeitet haben. Als KÖK e.V. priorisieren wir vier wesentliche Punkte, die im Rahmen kommunaler Möglichkeiten liegen und die nach zahlreichen Gesprächen, regem Austausch und Erfahrungen wertvoll für die weitere Entwicklung der Stadtregion Fulda inklusive der Stadtrandgemeinden sein können.

1. Einrichtung eines kommunalen Kompetenzgremiums

Die Nutzung der vorhandenen Kompetenz in allen erdenklichen Sachfragen ist ein wesentlicher Punkt unserer Forderungen.

Zum Hintergrund: Der Deutsche Städtetag hat festgestellt, dass den Kommunen oft Fachpersonal fehlt, um benötigte Fördergelder für Maßnahmen abzurufen und kompetente Planer:innen einzustellen. Dies ist ein grundsätzliches Problem in den Kommunen. Als KÖK e.V. priorisieren wir aus diesem Grund ein Kompetenzgremium (im folgenden KG genannt).

Zusammensetzung und Aufgabe: Um kommunale Kompetenzlücken zu schließen und die für die Kommunen beste Planung zu erreichen, muss das Kompetenzgremium paritätisch zusammengesetzt werden. Sowohl Vertreter:innen der kommunalen Behörden, Fachdelegierte der Verbände sowie Vertreter:innen ehrenamtlicher Initiativen und Gruppen gehören dazu. Je nach Themenlage wird das KG immer wieder neu zusammengesetzt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass hauptamtliche Mitglieder viele Termine während ihrer Arbeitszeit mit entsprechender Entlohnung wahrnehmen, während engagierte Personen aus Initiativen, Beiräten und Ehrenamt dies in ihrer Freizeit tun. Die Freihaltung durch den Arbeitgeber, die Lösung familiärer Betreuungssituationen usw. sollen für diese Personen mit angemessener Honorarvergütung aus öffentlicher Hand zu allen Sitzungs-, Ausarbeitungs- und Vor-Ort-Terminen entlohnt werden, damit ein monetärer Vorteil der hauptamtlichen Vertreter:innen gegenüber Vertreter:innen gesellschaftlichen Engagements von vorneherein ausgeschlossen ist.

Im KG hat jedes Mitglied eine Stimme, der Mehrheitsbeschluss des KG ist bindend für das weitere Planungsverfahren der öffentlichen Hand und muss zwingend berücksichtigt werden. Der Beschluss des KG wird schriftlich zusammengefasst und veröffentlicht. So wird größtmögliche Transparenz im Planungsverfahren gewährleistet.

Die Aufgabenbereiche des KG umfassen alle größeren Umgestaltungs- und Planungsvorhaben und sollen explizit auf die Kompetenz der Bevölkerung zugreifen, die sich mit der Thematik bereits sehr intensiv auseinandergesetzt hat und somit den Blickwinkel auf die Endnutzer:innen lenkt. So könnten je nach Sachlage Vertreter:innen von Eltern- und Schülerbeiräten,



BUNTE SOCKEN FÜR DIE SCHWARZE STADT



Stadtteilinitiativen, freier Kulturinitiativen, Verkehrsinitiativen, Fahrgastverbänden, Anwohner:innen, Umweltverbände, Bürgerinitiativen, Menschenrechtsgruppen, Mieterverbände etc. offizielles Mitglied des KG sein.

Das übergeordnete Ziel ist die Einbindung größtmöglicher regionaler Kompetenz unabhängig von Amtsinhaber:innen und Wirtschaftsinteressen. Die Nutzung der Kompetenz der engagierten Bevölkerung hat in zahlreichen Planungen den Vorteil, die Mitsprache der Bevölkerung zu fördern, die Sicherheit aller zu erhöhen und erzielt hier die größtmögliche Akzeptanz in der Breite. Das Ziel erfüllt damit den Anspruch, die bestmögliche Verfahrensweise, Planung und Umsetzung zu nutzen und im Einklang mit den Interessen ALLER Beteiligten auf den Weg gebracht zu werden. Die Lebensqualität innerhalb der Kommune wird sich durch Beteiligung der Bevölkerung deutlich erhöhen und bleibt nicht ausschließlich eine gut klingende Imagekampagne.

2. Ausrufung Fuldas als klimaneutrale Stadt bis 2030

Der verstärkte Einsatz zur Begrenzung der globalen Klimaerwärmung fängt bei jeder Einzelperson und in jeder Kommune als unterste zuständige Verwaltungseinheit an. Die Ausrufung des „Klimanotstands“ wird umgesetzt.

Zum Hintergrund: Der menschliche Einfluss in der Klimaerwärmung

muss nicht mehr näher erläutert werden und darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Dem Warten auf Beschlüsse und Regulierungen „von oben“ setzt die Stadtregion ein fortschrittliches Maßnahmenpaket proaktiv entgegen. Sie reagiert nicht, sondern handelt.

Die Maßnahmen: Durch Ausrufung des Klimanotstands wird festgelegt, dass sämtliche Infrastrukturmaßnahmen in der Stadtregion ab sofort den Beweis der Nachhaltigkeit erbringen müssen. Das Ziel, Fulda bis 2030 klimaneutral zu gestalten, hat oberste Priorität. So sind die Nachweise nicht nur durch Ausschreibungsverfahren und Zuschlagsvergabe zu erbringen, sondern können kreativ auf vielen Ebenen umgesetzt werden. Als Beispiel dient das Modell der „grünen Stadt“. Fassaden und Dachbegrünungen, Wildpflanzungen in vielen städtischen Grünzonen, Erstellung einer Baumsatzung und verstärkter Bestand an Obstbäumen („essbare Stadt“) sind nur einige Bestandteile, die durch die Zusammenarbeit in der Stadtregion Fulda schnell und unbedingt geregelt werden können und die eine ökologische Ergänzung zur weiteren Flächenversiegelung darstellen. Hier wird zur konkreten Planung das oben bereits beschriebene Kompetenzgremium eingesetzt.

Fulda nimmt seine Verantwortung für den Erhalt einer lebenswerten und artenreichen Umwelt sehr ernst und setzt sich in das vordere Feld des Städterankings auf ökolo-

gischer Ebene.

3. Installation innovativen Personennahverkehrs

Der sinnvolle Ausbau des ÖPNV in Stadt und Landkreis Fulda ist längst überfällig und muss sich zu einer ernstzunehmenden Alternative zum motorisierten Individualverkehr entwickeln. Es wird Zeit für ein Update.

Zum Hintergrund: Der starre ÖPNV in der Stadtregion Fulda lässt wenig Spielraum für sinngemäße und attraktive Nutzung. Leerfahrten mit großen Bussen außerhalb der starken Zeiten, sternförmige Linieneinführung ohne jegliche Umsteigemöglichkeiten, fehlende Angebote in den Abendstunden und vor allem an Wochenenden tragen dazu bei, enorme Flächen für PKW-Stellplätze vorhalten zu müssen.

Die Maßnahmen: Eine Analyse der Fahrpläne und -linien sowohl des Stadtbusses, als auch der Überlandlinien und Zugstrecken innerhalb des Landkreises wird aufzeigen, an welchen Stellen hier nachgebessert werden muss. Zudem ist in der kompletten Neugestaltung zu berücksichtigen, dass weniger große Busse in verkehrsschwachen Zeiten effektiver eingesetzt werden können. Auch braucht es zu der bislang einzigen Möglichkeit des AST-Sammeltaxi Angebote in der Stadtregion auch an den späten Abendstunden sowie feste Linien in der Nacht. Begleitet wird dies mit einem ausgeklügelten Park-and-Ride-System an den

Großparkplätzen im Stadtgürtel. Die Installation eines Ringsystems, d.h. Busse, die für den Umstieg genutzt werden können und die auf festen Strecken die Kernstadt umkreisen, wird als zusätzliches attraktives Angebot umgesetzt. Der Einsatz eines Micro-Busses in verkehrsschwachen Zeiten, der an jeder beliebigen Haltestelle starten kann, würde das System von Sammelfahrten begünstigen. Dieses könnte auf Fahrtvermittlungen ähnlich diverser Taxigesellschaften basieren. Die Stadt Fulda setzt sich für die juristische Regulierung ein und wird mit diesem System Modellstadt. Auch hier wird die Stadtregion Fulda wieder innovativ gestalten, statt „tote Pferde“ weiterzureiten. Die konkrete Planung findet wieder unter Beteiligung des Kompetenzgremiums statt.

Fulda erkennt die Vorteile einer Stadt mit weniger Autostellflächen und einem attraktiven und bezahlbaren ÖPNV. Die Umsetzung zieht ähnlich viele Menschen in die Stadtregion, wie es bereits die Imagekampagne zur „Sternenstadt“ aufzeigen konnte.

4. Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle zu Polizeieinsätzen

Stadt und Landkreis Fulda fordern und fördern die unabhängige Ermittlung bei Beschwerden gegen Polizeibeamt:innen und setzen sich auf Landesebene für die Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen ein.

Zum Hintergrund: Bundesweit liegt der Focus auf zahlreichen Vergehen von Polizeibeamt:innen in ihrer Dienstauführung gegenüber Einzelpersonen. Die Untersuchungen dazu zeigen Fallzahlen in erschreckender Höhe. Die Polizei als Exekutivgewalt des demokratischen Staates hat in erster Linie den Schutz der Bevölkerung zur Aufgabe. Leider gibt es immer wieder Meldungen darüber, dass Polizeibeamt:innen ihre Kompetenzen während ihres Dienstes zum Nachteil einzelner Bürger:innen überschreiten. Dabei hat sich in allen Kommunen und Wirkungsbereichen der jeweiligen Polizeipräsidien gezeigt, dass Korpsgeist und Gegenanzeigen von Beamt:innen gegen Anzeigenssteller:innen eine Verfolgung und weitere Ermittlung zu Straftaten im Amt weitgehend verhindern. Das Vertrauen schwindet zunehmend. Die Maßnahme: Dem etwas entgegen zu setzen und das Vertrauen in die Polizei wieder zu stärken setzen sich Stadt und Landkreis Fulda zusammen mit anderen Kommunen auf Landesebene für die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen ein. Die Erfahrungen aus skandinavischen Ländern mit solchen unabhängigen Stellen haben gezeigt, dass diese die Interessen durch Ermittlungen im Auftrag der Betroffenen glaubwürdig vertreten und im Gegenzug die Polizei dahingehend entlasten, interne Ermittlungen nicht mehr gegen das eigene Kollegium durchzuführen. Der interne Druck sinkt und das Vertrauen in die Polizei kann durch eine unabhängige Beschwerdestelle nur gestärkt werden.

Fulda nimmt die Erfahrungen von Bürger:innen sehr ernst und hat ein ernsthaftes Interesse daran, sowohl betroffene Bürger:innen wie auch Polizeibeamt:innen zu entlasten.

* vgl. taz vom 22.11.2019

Bildung / Schule

Wir ermöglichen mehr Digitalisierung in den Fuldaer Schulen.

Wir werden ein im gesamten Landkreis erreichbares Schulportal für digitalen Unterricht überarbeiten. Dieses wird smartphonekompatibel, einladend designed und fehlerfrei sein.

Wir werden auch an Gymnasien Jugendliche besser auf das Berufsleben vorbereiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein extra Fach eingeführt wird, in dem man „Alltägliches“ lernt (Steuern, Bewerbungen ...).

Wir fördern die Persönlichkeitsentwicklung in Schulen, um selbst mit schwierigen Themen wie dem Tod umgehen zu lernen.

Mit uns werden Schulen zu Orten an denen Talente mehr gefördert werden.

Wir werden einen Umwelt-Info-Tag einführen. Jede Klasse befasst sich zum Thema Klimaschutz mit einem Unterthema, wie z.B. Palmöl, verschwenderischem Konsum etc. Jede Klasse bereitet sich auf das Thema vor und kann dies ggf. kreativ ausgestalten.

Das Prinzip ist ähnlich wie beim Tag der offenen Tür. Eltern und Schüler können in verschiedenen Klassen sich über die Info-Stände und von den Schüler informieren lassen. Aber auch über Umweltprojekte in Fulda und was die Stadt verändern möchte, könnte informiert werden.

Wir wirken Vorurteile entgegen und setzen uns ein für kulturelle Vielfalt und Respekt vor Individualität.

Wir gestalten Workshops zur Toleranz. Wir werden Schüler:innen nicht vor vollendete Tatsachen stellen, werden ihre Kritik konstruktiv anhören und in die Gestaltungsprozesse einbeziehen.

Arbeit und Jobs

Wir ermöglichen mehr Infos zu vorhandenen offenen Arbeitsplätzen in der Region.

Außerdem machen wir wichtiges Wissen über Beratungsstellen zum Thema Arbeit und Beruf nutzbar. Wir geben Antworten

auf die Fragen: Welche Möglichkeiten habe ich? Wie kann ich mich bewerben? Außerdem bieten wir Coaching gerade für Jugendliche/Schüler für Bewerbungsgespräche an und schaffen zusätzliche Hilfen bei der Berufswahl.

Wir organisieren Informationsveranstaltungen über lukrativen Nebenjobs in der Region.

Freizeit

Mit uns gibt es mehr Veranstal-

terige Freizeitangebote von JKF und Jugendforum besser informieren und diese ausbauen.

Es werden Räumlichkeiten in der Stadt geschaffen, in denen Jugendliche ungestört und kostenfrei nachmittags/ abends lernen können.

Ökologie / Nachhaltigkeit

Wir führen Maßnahmen gegen Müll in der Natur durch (Zigarettenkippen oder Gertränkedosens).

schon Grundstücken auf.

Wir sorgen dafür, dass es mehr Mülleimer gibt, die das Mülltrennen ermöglichen.

Wir werden den Klimanotstand ausrufen.

Wir schaffen mehr Möglichkeiten, Fahrräder auszuleihen.

Mit uns wird der Aueweier nicht zum Badesee umgestaltet.

Wir gestalten ein nachhaltigeres Konzept für die Bundesgartenschau.

Wir werden den Heimmattergarten schließen (Tiere sollten nicht eingesperrt sein).

Verkehr

Wir setzen uns ein, dass in der Innenstadt nur noch Fahrräder erlaubt sind. Die Nutzung des ÖPNV ist kostenlos in Fulda.

Wir schaffen mehr sichere Fahrradwege.

Wir werden die Parktickets für Parkplätze in der Innenstadt teurer machen.

Wir verbessern den ÖPNV. Die städtische Taktung wird mindestens halbstündig, die Überlandbusse fahren mindestens stündlich. Außerdem werden die Busverbindungen zu den ländlichen Regionen ausgebaut. Anfangs- und Endzeiten werden erweitert. Es fahren mehr Schulbusse morgens und nach der 6. Stunde.

Wir setzen uns für Schulung der Busfahrer in Bezug auf Kundenfreundlichkeit/Respekt ein. Vor allem hinsichtlich älteren Menschen, Schülern und People of Colour.

Wir fördern Carsharing in der Region.

Jugendliche reden mit

Wir stehen für mehr U18 Wahlen, da die Einführung der Wahl ab 16 sich schwieriger gestaltet. So kann auch die Meinung Jugendlicher gehört werden, nicht nur durch Demos. Wir werden Jugendliche regelmäßig zu einer offenen Gesprächsrunde einladen und gezielt fragen, was sich verbessern soll und was die Jugendlichen bewegt.. Wir machen Fulda zum sicheren Hafen.



tungen für Jugendliche.

Es werden mehr Räumlichkeiten entstehen, um Jugendliche zusammenzubringen.

Mehr sportlich ausgebaute Parks werden entstehen, mit zum Beispiel Calisthenics- oder Pumptrackangeboten.

Wir fördern regelmäßige Angebote für Jugendliche, bei denen man sich austauschen und zusammen kommen kann, so zum Beispiel feste Tage für Filmabende. Wir werden über bis-

Wir sind für mehr Unverpacktläden.

Wir werden die Innenstadt mehr begrünen.

Wir fördern Second Hand Läden in Fulda.

Mit uns gibt es einen Frühjahrsputz, einen Tag, an dem sich Freiwillige aus ganz Fulda und dessen Bezirken dazu bereit erklären, die Stadt wieder sauber und auf Vordermann zu bringen.

Wir forsten den Wald auf städti-

MOIN, MOIN

an alle Matros*innen aus Fulda!

Fulda liegt bekanntlich am Wasser. Das Rauschen am Wasserspielplatz, die Libellen in den Fulda Auen, das Strömen der Fulda - wir können und sollten unsere maritimen Herzstücke nicht weiter vernachlässigen. Wir Fuldaer Matros*innen müssen gemeinsam die Ärmel hochkrempeln, unseren Hafen restaurieren, unsere Segelboote und Schiffe fahrtauglich machen und loslegen. Aus diesem Grund wollen wir uns für die folgenden konkreten Leitprinzipien in der Ausrichtung der Kommunalpolitik stark machen:

Das Steuer rumreißen

Es wird jetzt Zeit, das Steuer rumzureißen. Wir möchten Rassismus entgegensteuern und Menschlichkeit ansteuern. Dazu müssen wir politisch umsteuern.

Die Segel richtig setzen

Es wird Zeit, die Segel zur richtigen Zeit richtig zu setzen. Wir benötigen starke Matros*innen und mutige Steuerleute, die den Wind und dessen Richtung erkennen und die Segel zur richtigen Zeit setzen, um unseren sicheren Hafen anzusteuern. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass die hohen Wellen der Unmenschlichkeit Boote zum Kentern bringen und tagtäglich verhindern, daß unsere Mitmenschen sicher in Fulda ankommen.

Die Schleusen öffnen

Es wird Zeit, die Schleusen zu öffnen. Wir haben es oft erlebt: Selbst wenn das Ufer nah ist, der Hafen ist renoviert, wir haben Platz und freuen uns auf unsere Mitmenschen - doch dann sind die politischen Schleusen geschlossen, die Verantwortlichen altersblind oder reaktionsunfähig. Daran müssen wir etwas ändern! Gebt den Verantwortlichen die Ferngläser von Menschlichkeit und



SOLIDARITÄT & MENSCHLICHKEIT



Christlichkeit zurück. Hört auf junge Matros*innen, legt die konservativen Ketten ab und werdet reaktionsfähig!

Die Rettungsschwimmer*innen in ihrer Arbeit unterstützen

In Fulda und in anderen Häfen gibt es viele Rettungsschwimmer*innen und Menschen, die diese unterstützen. Menschen, die das auffangen, was politisch im Moment schlecht läuft und dazu führt, dass Fulda kein sicherer Hafen und kein sicherer Ort für alle Menschen ist. Es gibt Menschen, die sich tagtäglich dafür einsetzen, dass dem entgegengewirkt wird. Sie eilen zur Hilfe, sie versuchen zu retten. Sie melden ihre Erlebnisse zurück und setzen sich dafür ein, dass Fulda zu einer solidarischen Hafenstadt wird. Sie sind Expert*innen und Aktivist*innen und möchten Fulda zu einem sicheren Ort machen. Sie müssen gehört werden! Es gilt, ihre Arbeit zu unterstützen und sie zur Beratung heranzuziehen, anstatt zu versuchen, sie politisch klein zu halten und ihnen die Arbeit immer

weiter zu erschweren.

Es wird Zeit für einen Fuldaer Matros*innenaufstand!

Die Zeit ist gekommen, der Wind steht günstig, die Wellen sind hoch, die Gewässer unruhig, die Not auf dem Wasser ist groß und die Matros*innen in Fulda sind bestens gewappnet und vorbereitet. Mit Solidarität im Herzen, Verstand im Kopf und Menschlichkeit im Gepäck stehen wir bereit, um diesen Hafen zu einem sicheren Ort für alle Menschen zu machen. Wir sind bereit, die Christlichkeit, die uns im Dom und in der Stadtpfarrkirche wuchtig begegnen, auch praktisch umzusetzen und aus den Mauern heraus zu unserem gemeinsamen Hafen zu tragen. Wir sind bereit, der Unmenschlichkeit, dem Rassismus und der Unterlassung von Hilfe entgegenzusteuern. Mit voller Kraft Christlichkeit, Menschlichkeit und Solidarität ansteuern und somit komplett umsteuern!

**OPEN THE PORT FULDA
#LEAVE NO ONE BEHIND**

Der NABU-Kreisverband Fulda ist gefragt worden, welche Erwartungen er zu den nächsten Kommunalwahlen hat, was er von Personen und Parteien fordert.

Das Umweltbundesamt stellt fest, das für zwei Drittel der Bevölkerung der Umweltschutz eine grundlegende Bedingung darstellt, um Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Herausragende Themen sind Klimaschutz und Artenvielfalt, eingebunden in einen grundlegenden Wandel zur Nachhaltigkeit. Das hängt vor Ort sowohl von den Parteien, als auch oft von den Kandidaten persönlich ab. Die Kommunalwahlen sind ein Anlass für Fragen und Anregungen zur nachhaltigen Entwicklung in unserer Region.

Der NABU ist in Deutschland, in Hessen und auch in Stadt und Kreis Fulda der größte Umwelt- und Naturschutzverband. Seine besondere Stärke ist die Präsenz vor Ort durch die Basisarbeit aktiver Mitglieder. Der NABU ist über alle Arbeitsebenen demokratisch organisiert, jedes NABU-Mitglied kann mitentscheiden, welche Ideen sich durchsetzen und wohin sich der Verband entwickelt. Der NABU ist Lobby für Umwelt- und Naturschutz.

Kommunalpolitik muss einen Beitrag vor Ort zum Klimaschutz leisten.

Die Energiewende ist notwendig, soll vor Ort in Bürgerhand liegen und naturnah ausgestaltet werden. Für Windkraftanlagen gibt es selten konfliktfreie Standorte. Auch die in der Regionalplanung als Vorrangflächen gefundenen Standorte müssen im Einzelfall geprüft werden und es sind Kompromisse zwischen dieser wichtigen erneuerbaren Energie und der Sicherung von biologischer Vielfalt zu finden. Wir erwarten Konzepte und Strategien, mit denen Bürger bei der Umsetzung von Windkraftanlagen, Solaranlagen in der Fläche und Stromnetzen beteiligt werden. Die Wertschöpfung muss in der Region bleiben. Der kommunale Klimaschutz muss mit Energiesparprogrammen, Kampagnen zur Wärmedämmung von Gebäuden sowie Solarenergie optimiert werden. Auch die im ländlichen Raum besonders schwierige Aufgabe einer Verkehrswende gehört in ein regionales Klimaschutzkonzept.

Kommunale Politik muss auch in unserer Region den Landschaftsverbrauch eindämmen.

Der Landfraß von über 3,6 Hektar (das sind rund 5 Fußballfelder!) pro Tag in Hessen ist viel zu groß. Bislang geht der Flächenverbrauch in Stadt und Landkreis Fulda unauffällig weiter. Wohn-, Gewerbe und Industriegebiete werden neu erschlossen. Aktuelle Beispiele sind die Gewerbegebiete in Flieden, Neuhoof und Michelsrombach mit gewaltigen Veränderungen der Landschaft. Die Kommunalpolitik hat Planungshoheit, ist damit für diese Entwicklungen verantwortlich und muss flächensparende Konzepte entwickeln. Die Innenverdichtung in Gewerbe- und Wohngebieten muss Priorität haben. Landverbrauch geht mit Lichtverschmutzung einher. Die Vermeidung und Reduzierung von unnötigen Lichtquellen zum Schutz der Nacht dient dem Wohlbefinden der Menschen, der Umwelt und den nachtaktiven Lebewesen. Für nachhaltige Beleuchtung im öffentlichen und im privaten Raum gibt es praktikable Konzepte. Von kommunaler

Politik erwarten wir, alle Möglichkeiten zu nutzen, diese anzuwenden.

Auch im Siedlungsraum kann ein Beitrag zur biologischen Vielfalt geleistet werden. Bei öffentlichen Flächen muss das beispielhaft erfolgen. Unter anderem gehören dazu der Verzicht auf Gifteinsatz, die Pflanzung heimischer Blumen, die Anlage und Pflege von Blühwiesen, das Liegenlassen von Laub auf Beeten und Einrichten von „wildem Ecken“. Durch Baumschutzsatzungen und Pflegepläne müssen sich Städte und Gemeinden dauerhaft selbst in die Pflicht nehmen. Für grüne, insektenfreundliche Flächen können auch Bürger-Wettbewerbe ausgeschrieben werden. Dazu gibt es gute Beispiele.

Der Artenschwund findet gravierend in der Landwirtschaft statt. Die Kommunalpolitik in Städten

träglich auszugestalten, hierfür gibt es Beispiele und Beratungsangebote. Kommunale Flächen sollten glyphosat- und gentechnikfrei bewirtschaftet werden. Der Natur- und Artenschutz muss in der gesamten Fläche wirken. Blühstreifen an Acker- und Wegerändern und fachlich richtig gepflegte Heckenzüge sind ein zusätzlicher Beitrag zur Biotopvernetzung.

Die Genehmigung von Ställen für industrielle Massentierhaltung ist restriktiv zu handhaben, dazu sind die Mittel der Bauleitplanung und der Genehmigungen zum Immissionsschutz von den Kommunen auszuschöpfen.

Der Wald stirbt in großem Ausmaß. Kommunaler Wald ist Bürgerwald. Den Bürgerinnen und Bürgern muss die Möglichkeit gegeben werden, alle nötigen Informationen zum Bestand und zur Planung im Bür-

Klimaschutz und weitere Schutzziele genießen Vorrang vor den Nutz- und Erholungszielen. Der Laubwaldanteil soll zu Lasten des Nadelwaldes erhöht werden. Für den Landesbetrieb Hessen-Forst gibt es dafür seit 2010 eine Naturschutz-Leitlinie. Für den Kommunal- und Privatwald fehlen bisher vergleichbare Regelungen. Hier ist die Kommunalpolitik gefordert, eine biodiverse und naturschutzgerechte Waldentwicklung einzuleiten. Einzelne „Habitatbäume“ reichen dazu nicht. Alle kommunalen Wälder sollen mit einem Öko-Siegel wie FSC (Forest Stewardship Council) oder Naturland zertifiziert werden. Zusätzlich müssen auch und gerade unter Bedingungen des Klimawandels Ersatz- und Neubewaldungen stattfinden.

Jede Kommune muss prüfen, inwieweit sie einen Beitrag zu großen Waldschutzgebieten leisten kann,

le Politik muss auf seinen Flächen vorbildliche Konzepte realisieren und gleichzeitig glaubwürdig auf die privaten und privatwirtschaftlichen Verbraucher einwirken. Die Renaturierung von Fließgewässern spielt eine große Rolle beim Wassermanagement und bei der Sicherung der biologischen Vielfalt. Städte und Gemeinden sind aufgefordert, die europäische Wasserrahmenrichtlinie konsequent umzusetzen. Dazu gehören Gewässer-Entwicklungsstreifen, die den Bächen und Flüssen mehr freien Lauf lassen. Unverbaute Auen helfen beim Schutz vor Hochwasser. Darüber hinaus müssen Teiche, Tümpel und feuchte Senken in der Landschaft als Lebensräume für Amphibien, Wasservögel und Libellen erhalten bleiben. Überall dort, wo Veränderungen stattfinden, bei denen Umwelt und Natur beeinträchtigt werden, sind naturschutz- und baurechtlich sogenannte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorgeschrieben. Mit diesen soll der verursachte Schaden gemindert und durch ökologisch positive Handlungen kompensiert werden. Hier herrscht ein eklatantes Vollzugsdefizit. Von der politischen Verantwortung in der kommunalen Selbstverwaltung wird erwartet, alle Kompensationsmaßnahmen fachgerecht und nachprüfbar umzusetzen.

Kommunale Politik muss in unmittelbarem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern stattfinden. Viele von ihnen sind in Umwelt- und Naturschutzverbänden organisiert, die als wichtiger Kooperationspartner von Kommunalpolitik und Verwaltung genutzt werden sollen. Darüber hinaus muss allen Bürgerinnen und Bürgern permanent die Möglichkeit gegeben werden, eine nachhaltige Entwicklung ihres unmittelbaren Lebensraumes mitzugestalten.

Eine grundlegende Voraussetzung dafür schaffen Bildungs- und Beratungsangebote. Regionale Zentren für Nachhaltigkeit sind dazu wesentliche Institute, die es zu stützen gilt. Die Bildung für Nachhaltigkeit muss aber auch an allen anderen kommunal orientierten Bildungsstellen – z.B. in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendzentren und Volkshochschulen – die Voraussetzungen schaffen, dass nachhaltige Entwicklung in den Kommunen stattfinden kann.

Von Kommunalpolitik und -verwaltung wird erwartet, dass sie beispielgebend sind und aus ihrem Wirkungsbereich heraus die Bürgerinnen und Bürger unterstützen, einen nachhaltigen Lebensstil zu führen. Hierzu gibt es zahlreiche Ideen und gute Beispiele. Parteien und Personen, die kommunale Verantwortung übernehmen wollen, sollen sich mit einer Agenda der Nachhaltigkeit und einer klaren Ausrichtung auf den Umwelt- und Naturschutz zur Wahl stellen. Diese politische Agenda lässt sich am besten im Dialog erreichen, mit allen Menschen vor Ort, mit Vereinen, Verbänden, Initiativen und Institutionen, welche die Ziele der nachhaltigen Entwicklung unterstützen.



WIR WÄHLEN UMWELT- UND NATURSCHUTZ



und Gemeinden ist in der Pflicht, dass Wegränder in kommunalem Eigentum erhalten bleiben und nicht unter den Pflug geraten. Auch der Umbruch von Graswegen zu Äckern ist zu unterbinden. Auf den gemeindeeigenen Grünflächen soll die Mahd zum Schutz von Tieren und Pflanzen in Staffelmahd oder erst später im Jahr erfolgen. Kommunen müssen Konzepte zur Biotopvernetzung erstellen und umsetzen. Pachtverträge für kommunale Flächen mit Landwirten sind naturver-

gerwald zu erhalten. Das heißt, die Daten der Forstplanungen müssen transparent gemacht werden; interessierte und sachkundige Bürgerinnen und Bürgern müssen Gelegenheit bekommen, an der Zukunft des Waldes mitzuwirken.

Für den Staatswald gibt es eine Richtlinie für die Bewirtschaftung. Darin bekennt sich das Land Hessen zu einer besonderen Verantwortung für die Biodiversität im Staatswald. Biodiversität, der

die unverzichtbar für die Lebensraum-Kontinuität sind. Nur durch große zusammenhängende Naturwälder können walddtypische empfindliche Arten überleben.

Gewässer und Grundwasser gehören zu unseren unverzichtbaren Lebensgrundlagen und sind durch den Klimawandel besonderem Stress ausgesetzt. Die Wasservorräte werden knapp. In den Kommunen bedarf es eines sparsamen Wassermanagements. Kommunale

zur Kommunalwahl 2021

Wir sind eine Initiative junger Leute, vor allem Studierender, aus Fulda, die auf unterschiedliche Themen der Nachhaltigkeit aufmerksam machen und Lösungsstrategien aufzeigen wollen. Im November 2018 haben wir uns zusammengeschlossen und hauptsächlich an der Hochschule die sogenannten „Nachhaltigkeitswochen“ veranstaltet – Wochen voller verschiedener Veranstaltungen, wie beispielsweise Theorievorträge, Workshops, Filmabende, Diskussionsrunden und Vernetzungen mit anderen lokalen Initiativen.

Wenn wir als Gruppe bei den Kommunalwahlen 2021 die Mehrheit im Stadtparlament bekämen, dann würden wir...

... uns für saubere Luft und Straßen und mehr Platz und Sicherheit ohne Autos einsetzen. Da-

für braucht Fulda eine möglichst bald in Kraft tretende, gut durchdachte Verkehrswende. Unsere konkreten Maßnahmen dafür lauten: In erster Linie brauchen wir mehr, breitere und gepflegtere Radwege und mehr Stellplätze für Fahrräder im gesamten Stadtgebiet. Die Innenstadt soll deutlich weniger von Autos befahren werden, die Friedrichstraße soll zu einer Fußgänger*innen- und Fahrradzone erklärt werden, andere Straßen sollen folgen. Für weniger Emissionen und Feinstaubbelastung muss die Höchstgeschwindigkeit innerorts auf 30km/h begrenzt werden. Um zuverlässige und weitreichende Mobilität in und um Fulda für Alle zu gewährleisten, muss dazu der ÖPNV ausgebaut und günstiger werden. Gerade für ländliche Regionen soll zu jeder Uhrzeit die verlässliche Möglichkeit bestehen, ohne PKW von A nach B zu kommen, zum Beispiel durch ein intelligentes Minibus- und

Anrufsammeltaxisystem, sowie durch Carsharing und Mitfahrbank-Netzwerke. Dadurch werden spontane Kurzstreckenfahrten auch ohne eigenes Auto möglich. Autolos-Sein wird so für alle Bürger*innen attraktiv und bequem.

... alles dafür tun, soziale Ungleichheiten abzubauen und aktiv antirassistisch zu wirken. Als Erstes wollen wir Fulda zu einem „Sicheren Hafen“ erklären. Außerdem soll die Gleichstellung aller Geschlechter ausdrücklich vorangetrieben werden, zum Beispiel durch die konsequente Verwendung gendergerechter Sprache seitens der Stadt. Soziale Treffpunkte, die Austausch zwischen allen Menschen aus sämtlichen sozialen Milieus und Altersklassen ermöglichen, müssen fortbestehen und ausgebaut werden. Eine attraktive Gestaltung der Leipziger Straße als sozialen Raum und als Verbindung der Hochschule mit der Fuldaer

Innenstadt ist dabei von entscheidender Bedeutung. Wir würden uns für eine wirksame Mietpreisbremse und die Förderung von bezahlbarem Wohnraum einsetzen, außerdem für den weiteren Ausbau von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sowie für Fördergelder und Anreize für nachhaltige Start-Ups, Initiativen und regionale und faire Produkte, die im Vordergrund unserer politischen Arbeit stehen.

... für ein attraktives, grünes Stadtbild sorgen. Allgemein wollen wir uns für mehr Grün- und Erholungsflächen einsetzen, die echte Biodiversität zulassen und fördern. Das ist sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum essenziell. Im Privaten bedeutet das für uns konkret, eine Prämie für diverse gehaltene, blütenreiche Gärten und Dachbegrünungen

auszusetzen und Steingärten zu verbieten. Im Öffentlichen hingegen sollen Community-Gärten gefördert werden, bei denen alle Bürger*innen mitgärtnern und -ernten dürfen, zum Beispiel in Form von Hochbeeten in der Innenstadt oder auf dem Hochschulcampus, und öffentlich zugängliche Streuobst- und Nussbäume. Grüne Räume zur Erholung und als Treffpunkte für alle Bürger*innen, beispielsweise Abenteuerspielplätze, Skateplätze und Picknickwiesen müssen geschaffen werden.

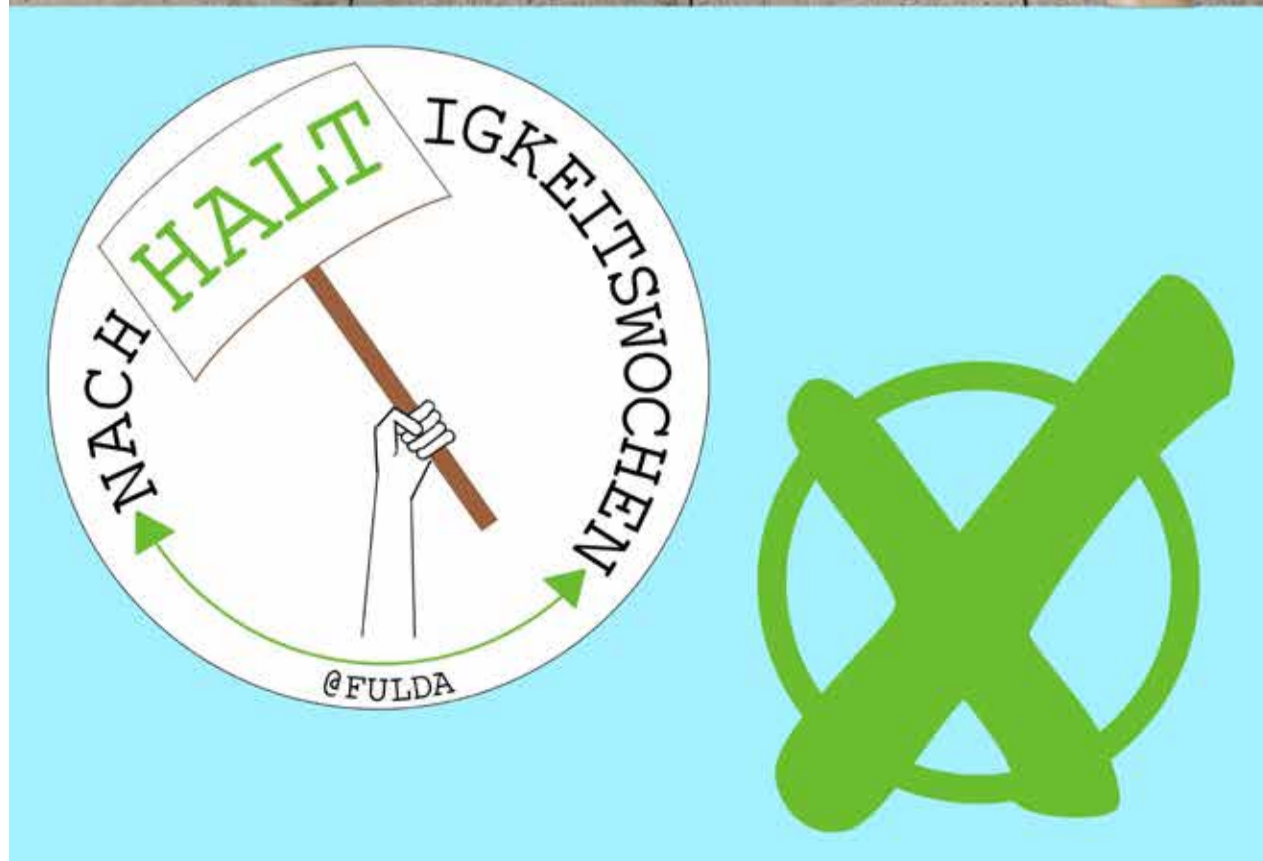
... Nachhaltigkeit als zentrales Kriterium für die Arbeit in städtischen Einrichtungen festlegen. Dafür soll direkt auf kleiner Ebene angefangen werden: mit der Verwendung von umweltfreundlichen Materialien, zum Beispiel bei Toiletten- und Kopierpapier; sowie auf größerer Ebene beim Umstieg auf echten Ökostrom und durch die Förderung von nachhaltigen regionalen Unternehmen und Produkten, etwa beim Essen in der Kantine. Zum Erreichen der Verkehrswende müssen städtische Einrichtungen an vorderster Front mitwirken und als Vorbilder vorangehen. Statt Dienstwagen soll es ausschließlich Carsharing und Dienstfahrräder geben. Darüber hinaus wollen wir nicht nur die ökologische Nachhaltigkeit fördern, sondern auch regelmäßige Fortbildungen und Workshops anbieten, die die weiteren Aspekte einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung voranbringen. Dazu gehören unter anderem Themen wie Awareness, interkulturelle Sensibilisierung und soziale Gerechtigkeit.

P.S.: Mit Kreide geschriebene Statements als Protestaktion im öffentlichen Raum dürfen nicht weiter vom Ordnungsamt unterbunden werden!

Instagram:
@nachhaltigkeitsteam.fulda

Facebook:
NachhaltigkeitsteamFulda

E-Mail:
nachhaltigkeitsteam@posteo.de



Kommunales Wahlprogramm für die Stadt und den Landkreis Fulda

„Wo siehst du dich in fünf Jahren?“ – „Wie sieht deine Zukunft aus?“ – eigentlich ganz normale Fragen, die aber bei den meisten jungen Menschen heutzutage zu Schweißausbrüchen führen. Statt in Tagträume abzuschweifen, wird gestammelt und die Erwartung niedrig angesetzt: eine eigene Wohnung, ein sicherer Job, gute Freunde. Die Zukunftsängste der Generation Z sind sicherlich auf viele Ursachen zurückzuführen, vor allem aber auf den stetig schlimmer werdenden Klimawandel. Wie soll man denn bei Schreckensnachrichten und Horrorszenerarien bezüglich Massentierhaltung, Waldrodungen, Wildfeuer und, und, und... noch an die Zukunft denken?

Ganz einfach: wählen gehen! Und da die Kommunalwahlen 2021 in Fulda fast vor der Tür stehen, hat sich Fridays For Future Fulda ein Wahlprogramm überlegt, wie wir es gerne sehen würden. Denn reine Worte reichen schon lange nicht mehr; Taten müssen folgen. Politik ist die Kunst, das Notwendig möglich zu machen. Politik darf sich nicht damit begnügen, den Istzustand bloß zu betrachten und Untätigkeit mit dem Satz, Politik ist die Kunst des Möglichen, zu rechtfertigen. Als Anregung für die Politiker, die sich aufstellen lassen, hier ein paar Vorschläge unsererseits:

A. Artenschutz

Das Arten- und Insektensterben hat auch in der Bundesrepublik dramatische Ausmaße angenommen. Nach der „Krefelder Studie“ ist die Gesamtbiomasse der Fluginsekten in den letzten 27 Jahre um mehr als 75% zurückgegangen. Weltweit nimmt das Artensterben immer mehr besorgniserregende Züge an. Auch in Deutschland drohen viele Vogelarten auszusterben. Da wo Johann Wolfgang von Goethe noch fünf unserer gefiederten Freunde sehen konnte, sehen wir heute nur noch einen! Wir erleben nur noch einen Rumpfbestand an Vögeln. Diesem Artensterben muss schnellstmöglich auch regional effektiv entgegengewirkt werden.

I. Einhaltung bestehender Gesetze bei Ausgleichsmaßnahmen

Die untere Naturschutzbehörde wird ausdrücklich dazu aufgefordert, die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen in allen Gemeinden des Landkreises Fulda wirksam zu kontrollieren. Bisher haben viele der Gemeinden nicht einmal selbst einen Überblick über die – von ihnen (!) beschlossenen – Ausgleichsflächen, die sie nach bestehendem Baurecht aufrechterhalten müssen. Außerdem wurden in der Vergangenheit häufig Flächen nach dem Bebauungsplan, die extensiv bewirtschaftet werden sollen, intensiv, beispielsweise durch den Einsatz von Bioziden und damit rechtswidrig entgegen gemeindlicher Planung, genutzt. Es kam ebenfalls vor, dass die Pflege von Ausgleichsflächen an Privatpersonen übertragen wurde, um finanzielle Mittel sparen zu können. Hier zeigte sich, dass diese Privatleute (häufig Anwohner) keine fachgerechte Pflege durchführen. Das bedeutet, dass der Erhalt der Flächen nicht im Sinne der Bauleitpläne gewährleistet wird. Deshalb fordern wir, dass bestehendes Recht eingehalten wird: die Gemeinden dürfen nicht mehr gegen geltendes Recht verstoßen und die untere Naturschutzbehörde muss ihrer Aufsichtspflicht gewissenhaft nachkommen.

II. Heckenpflege

Hecken sind nicht bloß reine Zierpflanzen, um sich die neugierigen Nachbarn vom Leib zu halten, sondern auch wichtige Bestandteile des Ökosystems. Sie bieten einer Vielzahl an heimischen Tier- und Pflanzenarten einen Lebensraum und fungieren zusätzlich als Vernetzung. Deshalb gelten sie auch als „Lebensadern der Landschaft“. Leider werden Hecken vielfach als Hindernis betrachtet, obwohl sie auch wichtige Funktionen in der Landwirtschaft übernehmen können: beispielsweise den Schutz vor Erosion oder Austrocknung. Da so wenig über ihren Wert und die korrekte Pflege allgemein bekannt ist, erfolgt oft ein unsachgemäßer Schnitt mit teils falschen Geräten.

Hier sollte Aufklärung erfolgen, welche Funktionen Hecken haben und wie die korrekte Heckenpflege zu erfolgen hat. Zudem sollte der Landkreis Fulda in eigener Regie Heckenpflege betreiben und darüber hinaus Hecken anpflanzen.

III. Kauf und Erhalt von Streuobstwiesen

Kommunen des Landkreises Fulda sollten aktiv Streuobstwiesen, deren Zustand sich verschlechtert, erwerben und ausreichend für deren Erhalt sorgen. Jede Gemeinde im Landkreis Fulda sollte eine Streuobstwiese zusammen mit den Gemeindeeinwohnern bewirtschaften. Dies schafft ein Gemeinschaftsgefühl. Bürger aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten können zusammenkommen. Wichtig

ist, dass alte, vom Aussterben bedrohte Obstsorten angepflanzt werden. Zudem sollten ausschließlich Hochstammobstbäume verwendet werden.

VI. Begrünt die Städte und Dörfer!

Joseph Beuys hat den Slogan „Stadtverwaltung statt Stadtverwaltung“ geprägt. Wir meinen, dass Stadtverwaltung notwendig ist, eine Stadtverwaltung aber auch. Bäume in jeder Gemeinde steigern das Wohlbefinden und verbessern das Mikroklima. Sie leisten einen Beitrag zur Artenvielfalt. Das Konzept der „Essbaren Stadt“ (und Gemeinde!) sollte überall propagiert werden. Warum nicht den öffentlichen

Raum nutzen und dort Obst- oder Nussbäume pflanzen. Hiervon hat jeder was!

I. Feststellung des Ist-Zustandes

Ohne eine Feststellung des Ist-Zustandes an Emissionen wird es kaum möglich sein, effektiven Klimaschutz zu betreiben. Jede Kommune muss wissen, wie viele Emissionen sie verursacht. Nur so können Ziele festgelegt werden, deren Einhaltung auch überprüfbar ist.

II. Personal für Klimaschutz

Es ist unerlässlich, dass jede Kommune über Personen verfügt, die sich speziell mit dem Klimaschutz befassen. Es darf nicht sein, dass der Klimaschutz unter den Fachbereich einer anderen, meist relativ großen, Abteilung fällt

vorstellung. Hier sind einige der Punkte, die es in unser Wahlprogramm geschafft haben:

IV. Bebauungspläne

Bebauungspläne müssen den Klimaschutz als prioritäre Angelegenheit behandeln. So muss beispielsweise darauf geachtet werden, dass in Neubaugebieten kein eigenes Automobil notwendig sein sollte. Stattdessen ist es erforderlich, dass diese Gebiete immer an den ÖPNV angeschlossen sind. Auch Gewerbegebiete sollten nicht mehr so „gefällig“ geplant werden wie bisher. Anstatt hier den Flächenverbrauch willkürlich zu verteilen, sollte auf eine ökologische und ökonomische Bebauung geachtet werden.

Zudem sollte vorgeschrieben werden, dass, soweit möglich, auf Zement verzichtet wird. Wo dieser verwendet wird, sollten besonders klimaschonende Zementarten verwendet werden, wie etwa „Pixelcrete“.

V. Nutzung von Fernwärme und Nahwärme

Kommunen müssen für die Stadtteile und Siedlungen Wärmeleitpläne (Quartierkonzepte) erstellen, die die Versorgung regeln. Dort, wo es Fernwärme- oder Nahwärmeangebote gibt, muss es für die benachbarten Häuser einen Anschluss- und Benutzungszwang geben, damit diese optimal genutzt werden können. Dabei sollten die Preise attraktiv gestaltet sein.

VI. Vorbildfunktion der Kommunen/Eigene Vergabe

Bei kommunalen Neubauten ist konsequent eine klimaschonende Bauweise umzusetzen, indem etwa der Rohstoff Holz vermehrt genutzt wird. Bei Vergaben ist der Klimaschutz als wichtiger Faktor zu berücksichtigen, dem Vorrang vor anderen Belangen zukommen muss. Jede Kommune sollte in jedem Fall 100% „echten“ Ökostrom beziehen, eigene Gebäude am besten als „Plus-Energie-Häuser“ bauen und für Bürger Sanierungsberatung anbieten.

VII. Divestment

Außerdem fordert Fridays For Future Fulda Divestment der Kommunen, das heißt, dass zum frühestmöglichen Zeitpunkt sämtliche Investitionen und Geldanlagen grundlegend umstrukturiert werden. Aus klimaschädlichen Investitionen ist sich grundsätzlich zurückzuziehen.

VIII. Förderung des ÖPNV

Der ÖPNV muss massiv gefördert werden. Hierbei muss die Taktung erhöht und bestehende Lücken konsequent geschlossen werden. Das Fahren im ÖPNV muss durch niedrige Preise und einfache Ticketgestaltung attraktiv werden. Nach und nach muss eine möglichst autofreie Innenstadt Fulda das Ziel sein. Hierbei kommt Park&Ride-Systemen eine wichtige Rolle zu.

IX. Zusammenarbeit mit Experten

Auch verstärkte Zusammenarbeit der Kommunen mit wissenschaftlichen Institutionen ist in unseren Augen unerlässlich. Wissen und Kompetenzen müssen weiter ausgebaut und entsprechender fachlicher Rat eingeholt werden.

Generell muss jede politische Maßnahme und jede Verwaltungsmaßnahme bezüglich ihrer Klimafolgen geprüft werden. Der Klimaschutz sowie der Erhalt unserer Natur ist zu lange in den Hintergrund gerückt oder bei politischen Entscheidungen beinahe vollständig ignoriert worden. Um das Fortbestehen unseres Planeten und somit auch das des Landkreises Fulda für zukünftige Generationen zu sichern, muss der Fokus vermehrt auf den Klimaschutz gelegt werden. Der Status quo darf auf keinen Fall erhalten bleiben. Schluss mit leeren Worten und her mit konkreten Maßnahmen – Klimaschutz geht uns alle etwas an!

Text von: Charlotte Fricke und Matthias Hohmann



JEDEN TAG FÜR DIE ZUKUNFT!



ist, dass alte, vom Aussterben bedrohte Obstsorten angepflanzt werden. Zudem sollten ausschließlich Hochstammobstbäume verwendet werden.

IV. Förderung alternativer Agrarmodelle

Die moderne Agrarwirtschaft trägt in erheblichem Maße zum Artensterben bei. Hier wäre es wichtig, dass der Landkreis Fulda aktiv alternative Modelle fördert, die als role models für die Zukunft der Landwirtschaft dienen. Hier ist auf die Humusbildung besonderes Augenmerk zu legen, die auch für den Klimaschutz eine wichtige Rolle spielen kann.

V. Ausstattung öffentlicher Gebäude mit Nisthilfen

Öffentliche Gebäude sollten konsequent mit Nisthilfen für Vögel ausgestattet werden. Gerade Haussperlinge, Schwalben, Mauersegler und Schleiereulen können gut gefördert werden. Es ist für uns nicht einsichtig, wieso die

VII. Kommunikation und Aufklärung

Darüber hinaus wünscht sich Fridays For Future Fulda bessere Kommunikation, insbesondere auf Landkreisebene. Den Bürgern muss verdeutlicht werden, dass in der Rhön nicht „alles noch gut“ ist, sondern auch hier das Artensterben alarmierende Ausmaße angenommen hat. Insofern fordern wir von den politischen Mandatsträgern, dass mehr Druck in ihrer Partei aufgebaut wird, um die Abkehr von der momentan überwiegend flächenbezogenen Agrarförderung zu gewährleisten und die Bürger besser aufzuklären.

B. Klimaschutz

Ein Begriff, der wohl jedem etwas sagt, ist der Klimaschutz. Wie aber genaue Maßnahmen aussehen könnten, um der Klimakrise entgegen zu wirken und unseren Planeten effektiv zu schützen, davon haben die wenigsten eine genaue

und sozusagen „miterledigt“ wird. Dadurch werden wichtige Vorhaben, wie etwa der Ausbau der Solarenergie, viel zu langsam vorangetrieben. Erst durch den „Klimadialog“ mit Fridays For Future Fulda ist die Stadt zu dem Ergebnis gelangt, dass der Ausbau von Solarenergie auf öffentlichen Gebäuden auch enorme finanzielle Vorteile bietet. In Zukunft dürfen solche „Offensichtlichkeiten“ nicht mehr übersehen werden. Der Landkreis Fulda hat es bisher versäumt, eine für den Klimaschutz zuständige Person einzustellen, obwohl das Land Hessen eine speziell hierfür vorgesehene Förderung bietet. Einen eigenen Fachdienst „Klimaschutz“ zu schaffen, sollte eine Priorität des Landkreises Fulda sein!

III. Ausrichtung des Biosphärenreservates Rhön auf aktiven Klimaschutz

Auch die Strategie des Biosphärenreservates Rhön muss konsequent und aktiv auf den Klimaschutz ausgerichtet werden. Hier fordern wir beispielsweise

Mobilität in Fulda - enkeltauglich und gerüstet für das 21. Jahrhundert

Öffentlicher Nahverkehr

Unser Ziel: Den öffentliche Nahverkehr in Fulda und um Fulda herum wollen wir - gemeinsam mit anderen Trägern - so umgestalten, dass Menschen ihre Autos nicht nur immer öfter stehen lassen, sondern sie sogar abschaffen können, weil sie Fahrzeuge, die mehr herumstehen als fahren, gar nicht mehr brauchen.

Tagsüber wird in Fulda niemand mehr länger als 15 Minuten auf den Bus warten müssen. In den Randgebieten wird es ein dichtes Netz von untereinander vernetzten Rufbussen geben, auf die man nicht länger als 30 Minuten warten muss. In jedem Stadtteil oder Dorf lassen sich Rufbusse auch von einer fest installierten zentralen Rufsäule, ohne Nutzung eines Handys, anfordern. Rufbusse können außerdem durch Handzeichen auch außerhalb von festen Haltestellen gerufen werden.

Die Bedienzeiten wollen wir ausweiten, damit möglich wird, von fünf bis null Uhr mit dem Bus von A nach B zu kommen. Auch in den Randzeiten fahren die Busse mindestens halbstündlich und sind auf die für den Pendlerverkehr wichtigen Bahnverbindungen abgestimmt. Wir setzen uns dafür ein, dass dies in Abstimmung mit unseren direkten Nachbargemeinden auch über die Ortsgrenzen hinaus umgesetzt wird.

Schritt für Schritt setzen wir einen kostenfreien Nahverkehr um. Wir beginnen mit der Einführung eines Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen in Form von Monats- oder Einzelticketes zum halben Preis der regulären Fahrkarten. Montags bis freitags ab 19 Uhr und an Wochenenden und Feiertagen können eine weitere Person und alle zum Haushalt gehörenden Kinder unter 18 Jahren mitgenommen werden.

Außerdem werden wir darauf hinwirken, dass weitere Bahn-Haltestellen im bestehenden Schienennetz im Fuldaer Stadtgebiet eingerichtet werden. Dies wäre beispielsweise an der Hochschule, in Horas, in Bronzell, am Industriegebiet West, an den Kaiserwiesen und in Maberzell sinnvoll. Um Fahrzeiten im öffentlichen Nahverkehr zu verringern, möchten wir in Fulda mittelfristig auch Straßenbahnverbindungen einrichten.

Lebenswerte Innenstadt - auch für alle, die zu Fuß gehen

Wir arbeiten auf eine komplett autofreie Innenstadt ohne Platzverbrauch durch straßenbegleitende Parkplätze hin. Dies wird aber erst umsetzbar sein, wenn auch alle, die im Umland wohnen, am liebsten mit dem öffentlichen Nahverkehr nach Fulda kommen. Noch in dieser Legislaturperiode beginnen wir aber damit, das Barockviertel und den gesamten Bereich der historischen Altstadt ganz der nachhaltigen Mobilität zu widmen und den Straßenraum den Menschen zurückzugeben.

Das Barockviertel wird für den motorisierten Individualverkehr gesperrt, so dass nur noch Anwohnende und Menschen mit Schwerbehinderung Zufahrt haben und die Parkhäuser

in jeweils einer Richtung angefahren und wieder verlassen werden können. Wenn sich später der attraktive Nahverkehr im Umland und in Fulda und den Nachbargemeinden durchgesetzt hat, werden Parkhäuser nur noch für das Anwohnerparken zur Verfügung stehen.

Über die Innenstadt verteilt werden öffentlich zugängliche kostenlose Schließfächer eingerichtet, in denen Einkäufe bis zu zwölf Stunden lang zwischengelagert werden können. Zusätzlich möchten wir einen Bringdienst der Stadt Fulda einrichten, der Fuldaer Bürger_innen zweimal wöchentlich vorher selbst ausgesuchte Einkäufe nach Hause bringt. Menschen, denen der Transport ihrer Einkäufe schwerfällt, wird so das Einkaufserlebnis vor Ort ermöglicht; gleichzeitig wird

dort, wo an Kreuzungen nur an einer Seite Überwege geschaffen wurden, wollen wir einen zweiten Übergang einrichten. Hürden, die beim zu Fuß gehen zu Umwegen zwingen, werden wir beseitigen oder umgestalten (z. B. Am Kleegarten, Zieherer Weg, Gerloser Weg).

Endlich sicheres und zügiges Fahren für Fahrradfahrende ermöglichen

Wir arbeiten darauf hin, dass bis zum Jahr 2027 mindestens 30 Prozent aller Wege in Fulda mit dem Rad zurückgelegt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir unter anderem folgende Maßnahmen umsetzen:

Wir richten innerhalb von drei Jahren zwei

werden mit einem sicheren, markierten Abstand von parkenden Fahrzeugen geführt. Gleichzeitig möchten wir jährlich drei Kilometer Nebenstraßen fahrradfreundlich umgestalten - beispielsweise durch die Einrichtung von Fahrradstraßen, von für den Radverkehr in beide Richtungen geöffnete Einbahnstraßen oder ähnliches. Dabei werden wir Straßen an Schulen oder Kitas und Straßen mit hohem Radverkehrsanteil bevorzugt bearbeiten.

Zudem werden wir zwei Kreuzungen pro Jahr so umgestalten, dass sie für Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende sicher und komfortabel sind. Dazu gehören gute Sichtbeziehungen, getrennte oder vorgezogene Ampelphasen und eigene Aufstellflächen für Radfahrende und die Möglichkeit des indirekten Abbiegens auf eigenen Spuren. Wir sorgen dafür, dass nach jedem schweren Unfall mit Beteiligung von Zu-Fuß-Gehenden oder Radfahrenden ein Sicherheitsaudit durchgeführt und entsprechende Gefahrenpunkte bevorzugt umgestaltet werden.

Zu einem attraktiven Umfeld fürs Radfahren gehören auch Abstellplätze. Wir werden 300 zusätzliche Abstellplätze pro Jahr errichten, wobei wir darauf achten werden, dass dafür keine Flächen für den Fußverkehr verloren gehen. Die Abstellplätze sind diebstahlsicher, zu 25 Prozent überdacht, teils mit Lademöglichkeiten für Pedelecs und E-Bikes und besonders an Haltestellen des ÖPNV zu errichten. Wer in Fulda wohnt, erhält auf Antrag und eigene Kosten die Möglichkeit, Abstellanlagen wie Fahrradcontainer im öffentlichen Raum aufzustellen.

Alle umgesetzten Maßnahmen setzen den Stand der Technik um und halten sich an die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen. Wir setzen Radverkehrsanlagen mit den Mindestbreiten um und verzichten in keinem Fall auf Sicherheitstrennstreifen. Wo bei bestehenden Radverkehrsanlagen Sicherheitstrennstreifen fehlen, werden diese umgestaltet. Wo dies nicht möglich ist, schaffen wir Bereiche mit Shared Space, auf dem sich verschiedene Verkehrsarten den Raum teilen und schwächere Teilnehmende Vorrang genießen.

Gleichzeitig werden wir offensiv für den Radverkehr werben. Schwerpunkte sollen gezielte Aktionen und Kooperationen mit Kitas und Schulen sein. Auch das betriebliche Mobilitätsmanagement wird einbezogen. Dazu gehört auch die Förderung von Lastenrädern. Alle Verbesserungen im Bereich Radverkehr werden prominent in digitalen und Printmedien veröffentlicht.

Logistik in und um Fulda

Wir wollen uns außerdem auch vehement überregional dafür einsetzen, dass es wieder sinnvoll wird, Waren wieder stärker auf der Schiene nach Fulda zu transportieren. Fulda besitzt ein innenstadtnahes Industriegebiet, das in Schienennähe liegt. Warentransport auf der Schiene kann die in manchen Straßen große Belastung durch Lkws stark reduzieren. Damit dies umgesetzt und Waren von Zügen auf Transporter für die lokale Verteilung umgeladen werden können, muss in Fulda ein Güterumschlagsterminal eingerichtet werden.

Zubringerlogistik zum Einzelhandel oder zu einzelnen Haushalten soll dagegen verstärkt mit E-Transportern und Lastenrädern und damit abgasfrei erfolgen. Wir planen, kleine Gewerbe bei der Anschaffung von Lastenrädern zu unterstützen.



Bahn frei!

Verkehrswende Fulda -
Regionalgruppe des VCD
und Radentscheid Fulda



der lokale Einzelhandel unterstützt.

Wir möchten außerdem dafür sorgen, dass Zu-Fuß-Gehen überall in Fulda zum Vergnügen wird. Deshalb werden wir das Parken auf Fußwegen einschränken, um mehr Platz zum Laufen zu schaffen. Wir werden Bürgersteige einrichten, wo sie fehlen - wie etwa in Bahnhofsnähe. Wo es möglich ist, wollen wir außerdem Fußgängerüberwege mit Ampeln durch Zebrastreifen ersetzen. Besonders vordringlich ist dies in der Bahnhofstraße, wo die Fußgängerzone heute leider noch von stark befahrenen Straßen durchtrennt wird.

Besonders an breiten, vierspurigen Straßen sollen längere Grünphasen für Zu-Fuß-Gehende auch langsamer laufenden Menschen ein Überqueren der Straße in einem Zug ermöglichen. Die Wartezeit zwischen den Phasen soll dagegen kürzer werden. Überall

City-Routen ein. Diese sind Radverkehrsverbindungen, die allen Altersgruppen ein zügiges und sicheres Durchfahren und ein leichtes Erreichen von Zielen ermöglichen. Eine Route verbindet die Hochschule über den Bahnhof mit den Fuldaauen; die andere verbindet den Stadtteil Frauenberg mit dem Stadtteil Kohlhaus. Diese Verbindungen zeichnen sich aus durch auffällige und klare Markierung und Beschilderung, gute Sichtbeziehungen, sichere Überquerung größerer Straßen, eine minimierte Anzahl von Stellen, wo angehalten werden muss, und die Eliminierung von Hindernissen jeder Art.

Wir wollen zudem an allen Hauptstraßen mit einer Regelgeschwindigkeit von mehr als 30 km/h neue Radverkehrsanlagen schaffen und dabei immer mindestens zwei Knotenpunkte lückenlos verbinden. Die rot eingefärbten Radwege werden vom Fußverkehr baulich getrennt, liegen auf Fahrbahnniveau und

Slow Food Fulda

zur Kommunalwahl 2021

Für was wir stehen:

Slow Food setzt sich für gute, saubere und faire Lebensmittel ein: Sauber bedeutet, dass sie hergestellt werden, ohne die Ressourcen der Erde, die Ökosysteme oder die Umwelt zu belasten und ohne Schaden an Mensch, Natur oder Tier zu verursachen. Mit den Grundsätzen ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft stimmen wir überein, wie zum Beispiel der Förderung umweltschonender Anbaumethoden und dem reduzierten Einsatz von Pestiziden. Darüber hinaus aber ist es für Slow Food entscheidend, wie ökologische Landwirtschaft betrieben wird. Wir stellen die Systemfrage: Wo kommt das Lebensmittel her und wie wurde es weiterverarbeitet – industriell oder handwerklich?

In der Region Osthessen hält der Begriff „regional“ immer mehr Einzug. Uns geht dies jedoch nicht weit genug. Unser Ziel ist es: Mehr Bio in Hessen, in der Rhön und auf den Tellern! Bio-regional ist die Zukunft und stellt auch die Priorität fest: zuerst Bio!

Wir stehen hinter den Zielen der Ökomodellregion des Landkreis Fulda. Handwerkliches Bio aus kleinen und mittelständischen Betrieben erreichen eine Qualität, an die Massen-Biolebensmittel nicht heranreichen, ganz zu schweigen von den konventionell hergestellten Produkten.

Bio-regional bringt zusätzliche wirtschaftliche Vorteile für die Region Fulda. Lokale Wirtschaftskreisläufe, bei denen Biolebensmittel vor Ort erzeugt und in der Region weiterverarbeitet werden, bedeuten Wertschöpfung vor der Haustür. Außerdem können die Landwirte, die zur Zeit durch die Zentralisierung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in starker Abhängigkeit von großen Verarbeitungsbetrieben, Supermarktriesen und Discountern stehen, sich von diesem Druck befreien.

Außerdem bedeutet mehr Regionalität:

weniger nationale und globale Warentransporte und damit eine Reduktion von Treibhausgasen.

Uns geht es, wie auch der Ökomodellregion, um eine Vernetzung von Bio-Landwirt*innen und handwerkliche Bio-Verarbeiter*innen mit Gemeinschaftsverpflegung, Gastronomie und Verbraucher*innen. Damit unterstützen wir faire Bedingungen für die Erzeuger*innen und Ernährungssicherheit/-souveränität für die Bevölkerung in der Stadt und auf dem Land.



Gut. Sauber. Fair.


Slow Food[®]
 Fulda



Als gewählte Stadtverordnete/Kreistagsfraktion werden wir folgendes umsetzen:

Zusammen mit den Bürger*innen erstellen wir ein Bio-regionales Leitbild, in dem der Leitsatz „Bio aus der Region für die Region“ durch Landwirte, Anbauer, Weiterverarbeiter und Verbraucher konkretisiert wird.

Wir werden einen attraktiven Wochenmarkt für bio-regionale Lebensmittel ins Leben rufen.

Wir werden dafür sorgen, dass bei jeder städtischen Veranstaltung mit Bewirtung mindestens ein Stand biozertifizierte Getränke und Speisen anbietet.

Wir fördern die Umstellung der Verpflegung in Kindergärten und Schulen auf bio-regionale Zutaten.

Wir ermöglichen Biobetriebe eine kostenlose Teilnahme an der Landesgartenschau.

Wir suchen nach Möglichkeiten und unterstützen die Gründung einer regionalen Molke- und weiteren lokalen Weiterverarbeitungsbetrieben.

Wir fördern solidarische Landwirtschaft in der Region.

Wir unterstützen die Projekte der Ökomodellregion zur Förderung der Bio-Zertifizierung in der Gastronomie und in der Landwirtschaft.

Wir nutzen das Zentrum für Nachhaltigkeit (frühere Umweltzentrum), um neue und alte Formen des Haltbarmachens zu erforschen, zu lehren und zu verbreiten.

Wir rufen Fulda zur essbaren Stadt aus.

Wir unterstützen das Marketing von Unverpacktläden mit dem Fokus für bio-regionale Lebensmittel.

Wir bauen Strukturen auf, um gemeinsam mit den Bürger*innen bislang nicht genutztes Obst aus der Region zu ernten und zu verarbeiten.

Wir fördern eine enge Vernetzung zwischen der Stadt Fulda und dem (Um-)Land. Damit regionale Kreisläufe auch wirklich funktionieren, setzen wir uns für Stadt-Land Partnerschaften in allen Bereichen ein, um die Rhön und den Vogelsberg in die Wirtschaftskreisläufe der Stadt einzubinden durch eine bessere Vernetzung der Stadt mit Landwirt*innen, Lebensmittelerzeuger*innen, Gastronomen, (nachhaltigem) Tourismus u.a.

Aufklärung und Aberglaube

„Der Glaube beginnt da, wo das Denken aufhört.“ (Kierkegaard) – Ein Gastbeitrag von Arno Westerhoff

Am 13. Juni 1782 wurde Anna Göldin aus Sennwald, Kanton St. Gallen in der Schweiz, als Hexe mit dem Schwert hingerichtet. Sie sollte mehrfach Stecknadeln in die Milch der Tochter ihres Arbeitgebers gezaubert und Nägel gespuckt haben. Sie wurde wegen Hexerei angeklagt, zum Tode verurteilt und enthauptet. Unter der Folter hatte sie zugegeben, die Kräfte des Teufels genutzt zu haben. Trotz Pressezensur wurden damals bereits Stimmen laut, die von »Justizmord« sprachen.

Ein Jahr zuvor war Kants »Kritik der reinen Vernunft« erschienen, 1784 folgte sein berühmter Essay »Beantwortung der Frage. Was ist Aufklärung?«. Eines von Kants Zielen war es, den Aberglauben aus der Welt zu schaffen.

Vernunft und Barbarei waren damals in Mitteleuropa nebeneinander vorhanden, ähnlich wie heute. »Sapere aude!« - »Wage es, weise zu sein!«, war der Wahlspruch, den der Königsberger Philosoph dem Bürgertum auf dem Weg in die Freiheit mitgab, wohl wissend, dass dieser Weg gefährlich sein würde. Die Aufklärung, das »Zeitalter des Lichts«, begann in Europa und in Nordamerika und war von Anfang an rebellisch gegen Absolutismus und die feudalen Fesseln der Freiheit. In den großen Ländern Europas entstanden Enzyklopädien mit dem Ziel, das Wissen der Menschheit zu sammeln und für jeden verfügbar zu machen. Damit war klar: Wissen ist die Voraussetzung für den »Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit« (Kant). Das Projekt Aufklärung hat sich von Anfang auch gegen kirchliche und

lingsstädten und ein paar Kilometer weiter entstand auf dem Ettersberg das Konzentrationslager Buchenwald. Vom Musenhof zur Barbarei war es nur ein Spaziergang.

Wer die französische Autobahn Richtung Süden, quasi der Sonne entgegen, fährt, der kommt in der Nähe von Langres an dem Monument »Die Sonne von Langres« vorbei. Dort wurde Denis Diderot geboren, der eine französische Enzyklopädie geschaffen hat. Von etwa 72.000 Artikeln des Lexikons hat er allein um die 6.000 selber verfasst. Diese Enzyklopädie war eine Sammlung des gesamten Wissens der damaligen Zeit. Im 21. Jahrhundert liefert das Internet eine Fortsetzung dieser Idee auf hohem, technischem Niveau. Diese Enzyklopädie 2.0 heißt Wikipedia. Sie ist ein Ort, an dem das Wissen der heutigen Menschheit gesammelt und für jeden kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Die Fülle ist riesengroß, quasi ein Ozean, in dem man aber leicht ertrinken kann, wenn man sich mit der Nutzung nicht auskennt. Das wird z.B. bei den sogenannten Hygienedemos der Coronarebellen deutlich greifbar. Natürlich ist es enorm wichtig, unsere Grundrechte und den staatlichen Umgang mit ihnen im Auge zu behalten. Das wird niemand mit Vernunft bestreiten, aber es gibt einflussreiche Kreise, die nicht unbedingt an Aufklärung interessiert sind und die versuchen, die Bewegung zu kapern. AfD und Nazis wollen, gemeinsam mit Verschwörungsmystikern und Impfgegnern, auf diesen Zug aufspringen. Vor ein paar Tagen kursierte ein Video, in dem der AfD-Nazi Kalbitz ein Grundgesetz signierte. Ein Schelm,

digungen durch die Lande, dass Juden Ritualmorde an christlichen Kindern begehen würden: demnach würden sie vor allem zur Osterzeit zur Verhöhnung der Passion Jesu einen Christenjungen in ritueller Form ermorden. Man behauptete, das Blut der geraubten oder gekauften Kinder werde aus rituellen Gründen entnommen und zur Zubereitung der Mazzot (ungesäu-

und damit die ganz Europa heim-suchende Pest verursacht, sowie handfeste wirtschaftliche Interessen sorgten um die Mitte des 14. Jahrhunderts dafür, dass allein in Deutschland annähernd 300 Judengemeinden vernichtet und zwei Drittel aller Juden ermordet wurden – überwiegend organisiert von den städtischen Obrigkeiten und mit Billigung des Kaisers oder auf

kerung auf 500 Millionen zu reduzieren, damit die Reichen die Welt für sich alleine haben. Das Geld dazu stamme von dem Juden Soros. Weiter würden 400.000 Kinder unterirdisch gefangen gehalten und gefoltert, um ihnen Adrenochrom als Verjüngungstrank für die reiche Elite abzuzapfen. Der alte (antisemitische) Aberglaube kommt im 21. Jahrhundert ins Monströse



Der Weimarer Musenhof - Friedrich Schiller declamiert im Tiefurter Park. Unter den Zuhörern zweite Person ganz links (sitzend mit Blick zu Schiller) Herder, in der Bildmitte (sitzend mit Kappe) Wieland und rechts (stehend) Goethe (Ölgemälde von Theobald von Oer, 1860, heute als Leihgabe der Staatlichen Museen zu Berlin im Amtszimmer des Bundespräsidenten in Schloss Bellevue)



Nachempfundenes Porträt der Anna Göldin (von Patrick Lo Giudice). Das Bild im Anna-Göldi-Museum im Hänggigturm in Glarus/Ennenda orientiert sich an der Titelfigur des 1991 erschienenen Films: Anna Göldin – Letzte Hexe

staatliche Autoritäten gewendet. Und trotzdem verschwand die Barbarei nicht aus der Welt, wie man z.B. in Weimar exemplarisch sehen kann. Zur Goethezeit entstand dort Europas Musenhof. Die Herzogin Anna Amalia und der junge Herzog konnten die Granden der deutschen Literatur (Wieland, Goethe, Herder, Schiller ...) nach Weimar locken und die Herzogin hatte für alle Bürger eine vorbildliche Bibliothek geschaffen. 150 Jahre später wurde der Ort dann eine von Hitlers Lieb-

wer Böses dabei denkt. Und da ist er wieder, der alte Aberglaube und der ewige Antisemitismus, wieder Mal in neuem Gewand. Im Mittelalter waren viele Menschen überzeugt, dass die Juden Ritualmorde an Kindern begingen und Brunnen vergifteten. Sie wurden deshalb von der Gesellschaft ausgegrenzt und in Gettos gezwängt, ab und zu kam es zu Pogromen, wo man den ganzen Hass dann auslebte. Seit dem 12. Jahrhundert geisterten in Westeuropa Beschul-

tes Brot) verwendet. Über Frankreich erreichte diese Ritualmordlegende im 13. Jahrhundert unsere Heimat. Ein erster Fall ist 1235 aus Fulda bekannt. Hiesige Christen verdächtigten Juden der Brandschatzung eines Hauses, wodurch fünf Kinder ums Leben kamen. Ohne eine Gerichtsverhandlung abgewartet zu haben, verübten die Fuldaer Christen Lynchjustiz an 32 Juden. »Gerüchte, die Juden hätten sich verschworen, Brunnen zu vergiften

Befehl einzelner Reichsfürsten.« (Stiftung Kloster Dalheim (Hrsg.), Verschwörungstheorien – früher und heute, Bonn 2020, S.32) Ende des 19. Jahrhunderts und in der Nazizeit wurde der religiös begründete Antisemitismus scheinbar auf eine wissenschaftliche Stufe gehoben. Aus dem Christusmörder wurde der Untermensch und Kulturzerstörer. Das deutsche Volk sollte von »artfremdem Blut« befreit und die arische Rasse aufgenordet werden. So wurden die industrielle Vernichtung von 6 Millionen europäischen Juden und das Lebensbornprogramm der Nazis möglich.

Auch heute werden antisemitische Verschwörungstheorien wieder zum Brandbeschleuniger. Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts fanden die »Protokolle der Weisen von Zion« in Europa und Nordamerika einen großen Widerhall. Sie wurden Ende des 19. Jahrhunderts als Fälschung verbreitet und beschreiben einen angeblichen jüdischen Kongress, auf dem beraten worden sein soll, wie die Juden die Weltherrschaft übernehmen und alles Gold der Welt an sich bringen wollen. Ab 1934 wurden die »Protokolle der Weisen von Zion« in Deutschland sogar zum Schulstoff. Schon früh war auch von einem Komplott der Zionisten mit den Illuminaten und Freimaurern die Rede. Noch heute werden die Protokolle in der russischen Rechten, aber auch bei Nazis und in der AfD (Wolfgang Gedeon, MdL) verbreitet.

Heute tummeln sich Impfgegner im Internet und auf den Hygienedemos, die verbreiten, Bill Gates wolle 7 Milliarden Menschen impfen und chippen lassen, um die Weltbevöl-

überhöht zurück und wird massiv, manchmal aggressiv vertreten. Das Internet (Facebook, YouTube, Telegram) wirkt dabei als Brandbeschleuniger, der die Irrlehren ins Gigantische verzerrt. Die Vernunft ist ausgeschaltet, denn solche abstrusen Behauptungen lassen sich seriös nicht belegen. Und doch gelingt es dem veganen Koch Attila Hiltmann, sich in Interviews auf Kant zu berufen. Er ruft seinen Anhängern zu, sie sollten denken, aber er meint, sie sollten googeln.



Das Projekt Aufklärung entpuppt sich als Sisyphusarbeit. Mühsam rollt der Philosoph den Stein den Berg hinauf, wissend dass er wieder herunterrollen wird und die Mühsal beginnt von Neuem. Aber solange er sich nicht seinem Schicksal ergibt, besteht noch immer die Hoffnung, die Zahl der Vernünftigen könne zunehmen.



Antwort an Schwurbler

Warum ich nicht mit Coronarebellen rede...

– Ein Gastbeitrag von Arno Westerhoff

Ich bin einer der Demonstranten gegen den »Verschwörungsarzt« (so RTL) Bodo Schiffmann und seinen Telegramprediger Samuel Eckert, die am Sonntag für zwei Stunden in Fulda Halt machten und von der schwurbelnden Gemeinde wie Gurus empfangen wurden. Wenn man gesehen hat, wie die Friedensbotinnen die negativen Ideen der Gegendemonstranten in den Himmel ableiten wollten, mit ausgestreckten Armen, dann fühlte man schon die Rückkehr des Mittelalters. 250 Jahre Aufklärung und Wissenschaft sind dahin.

Mit dem Plakat »Ihr seid kein Widerstand, ihr seid Trottel« stand ich in der ersten Reihe. Mein Name ist Arno Westerhoff, ich habe fast 40 Jahre am Marianum in Fulda Politik und Deutsch unterrichtet. Mein Ziel ist es, die grenzenlose Dummheit zu bekämpfen, die heute wieder durch das Internet befeuert wird. Samuel Eckert hat in seinem Video immer wieder bedauert, keinen Diskussionspartner bei den Gegendemonstranten zu finden, obwohl das nicht sehr glaubhaft ist, weil reine Rhetorik. Trotzdem will ich den Menschen in Fulda erklären, warum ich nicht mit Coronarebellen diskutiere.

Ich rede nicht mit Coronaleugnern... weil ich es versucht habe. Ich habe mich bei Telegram unter meinem richtigen Namen in drei Coronaleugnergruppen angemeldet, um mit ihnen zu diskutieren. Dies gelingt aber nicht, denn wenn man mit Argumenten aus der Wissenschaft kommt, die nicht mit den Inhalten ihrer Echokammer kompatibel sind, dann fliegt man aus der Gruppe raus. Ist mir dreimal passiert. Da ja das Denken in diesen Gruppen durch googeln ersetzt wird, passieren dann kuriose Sachen. Als ich bei CR Fulda gecancel wurde, meldete sich einer der Rebellen, der den Troll Arno gegoogelt hat, triumphierend. »Der Arno ist Fotograf aus Fulda«. Dass ich am Marianum Lehrer war, was hundertfach im Netz steht, hat der »Selbstdenker« nicht gefunden. Liegt dies vielleicht daran, dass sie das, was sie bei Google finden, gar nicht mehr lesen. Ich habe z.B. eine Frau angefragt, ob sie Belege für ihre Behauptung habe, dass Bill Gates aus Indien ausgewiesen worden sei, weil sein Impfstoff 700 000 Kinder geschädigt habe. Post-

wendend bekam ich einen Link, wo diese Behauptung in der Überschrift stand. Dabei hat die Gute übersehen, dass dieser Artikel auf einer renommierten Faktencheckerplattform stand und nachgewiesen hat, dass die Gatestory eine Lüge ist. Das passiert, wenn man etwas teilt, was man gar nicht gelesen hat. Das ist eigentlich nur noch peinlich. Und zum Schluss dieses Abschnitts. Vor ein paar Tagen gab es eine Mail an »Fulda stellt sich quer«, die uns von der Gegendemo abhalten sollte. Denn da seien »Menschen, die einen gesunden Menschenverstand besitzen und den auch einsetzen, statt sich an Kohlenmonoxidmangel hinter der Maske zu vergiften.« Wie trottelig muss jemand sein, wenn man schreibt, man würde sich an Kohlenmonoxidmangel vergiften? Und dann Katharina Tina Akkordeon, die Organisatorin der Fuldaer Schwurbleraufmärsche. Wenn die Gute richtig gegoogelt hätte, dann hätte sie gemerkt, dass ich seit 3 Jahren in Rente bin und gar nicht mehr am Marianum arbeite. Trotzdem meint sie, sie könnte ihre ehemalige Schule in einem schlechten Deutsch öffentlich anschwärzen. Katharina, das ist peinlich und dumm.

Ich rede nicht mit Coronaleugnern... weil sie lügen. Anfang Oktober tauchten in den Echokammern der Maskenverweigerer die ersten Meldungen von Kindern auf, die wegen der Mund-Nase-Bedeckung gestorben seien. Angeblich gab es auch ein Opfer in Schweinfurt: 6-jähriges Kind, im Bus zusammengebrochen, Notarzt, Krankenhaus, tot. »Okay«, dachte ich, »solches muss ja dokumentiert sein.« Also habe ich bei der zuständigen Polizeibehörde in Unterfranken nachgefragt. Hier ist die Antwort:

»Sehr geehrter Herr Westerhoff, schön, dass Sie sich informieren möchten und diese Nachrichten nicht einfach teilen. Sehr gut! Wir haben auf unseren Social Media Kanälen jeweils eine Meldung veröffentlicht. Es handelt sich um Fake News. Wir möchten klarstellen, dass im Raum Schweinfurt kein 6-jähriges Kind in einem Bus aufgrund einer Mund-Nasen-Bedeckung ums Leben gekommen ist.« Mittlerweile sind wir bei 23 Kindern, die angeblich wegen Mund-Nase-Bedeckung gestorben sind. Da tun die Schwurbler so, als seien sie um das Kindwohl

bemüht, und Schiffmann/Eckert erfinden tote Kinder. Das ist ein Widerspruch. Missbräuchlich wird es, wenn Eltern Ihre Kinder auf der Demo vorschicken, um stotternd die kruden Theorien ihrer Mütter zu verkünden.

Und dann tun der Verschwörungsarzt und sein Helfer so, als hätten die Gegner keine Argumente. Wie man aus dem Geschriebenen bisher unschwer sehen kann: Mit Lügner kann man nicht diskutieren. Man muss die Lügner als solche entlarven. Was sie oft selber tun, was aber auch von etlichen Faktencheckern im Netz sehr wissenschaftlich fundiert betrieben wird.

Was soll das Lügen? Der Zweck ist es, das Thema Maskenpflicht emotional aufzuladen und die Anhänger in eine eigene Welt zu zerren, in der man tatsächlich glaubt, Masken würden Kinder töten, aber Masken sind für gesunde Kinder unbedenklich.



Wissenschaft bedeutet, dass Tante Trudes mühsam ergoogelten Facebookerkennnisse eben nicht gleich gewichtet werden können mit Studien, Meta-Analysen und Aussagen von ernst zu nehmenden Wissenschaftlern.

Ich rede nicht mit Coronaleugnern... weil sie das Recht falsch auslegen. Wie wir auf der Demo gehört haben, befinden wir uns mitten in der Merkeldiktatur, die mit Notverordnungen ohne parlamentarische Legitimation wie 1933 regiert. Die »Widerständler« berufen sich hier auf den Art. 20 des Grundgesetzes, wonach allen Deutschen ein Wi-

derstandsrecht zugebilligt wird, gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung und/oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden. Aber dieses Widerstandsrecht kommt erst dann zum Tragen, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist. Dies wird bewusst verschwiegen.

Grundlage der Coronamaßnahmen ist der Art. § 28 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes, dass die zuständige Behörde (Gesundheitsamt) ermächtigt, die zum Schutz der Bevölkerung notwendigen Maßnahmen zu treffen. Das Gesetz ist vom Bundestag verabschiedet worden und die Rechtsgrundlage. D.h., die Volksvertretung hat ausdrücklich erlaubt, Schutzverordnungen zu erlassen. Und wenn diese im Einzelfall zu weit gehen oder nicht in ihrer Schutzwirkung begründbar sind (z.B. Beherbergungsverbote), dann werden sie regelmäßig von Gerichten zurückgenommen. So funktioniert ein Rechtsstaat, für den uns viele in der Welt bewundern. Wer also wissen will, wie Diktatur geht, der sollte lieber mal nach Weißrussland schauen. Da also, wie vielfach bewiesen, andere Abhilfe gegen Coronamaßnahmen möglich ist, kommt das angebliche Widerstandsrecht auch nicht zum Tragen. So funktioniert eine Demokratie eben.

Während also die Coronarebellen wegen der Maskenpflicht heulen und dabei sind, die Erfolge der deutschen Politik in der Pandemie zunichtezumachen, feiert das Land, in dem man am ehesten Unfreiheit vermuten würde, nämlich China, einen wirtschaftlichen Aufschwung. Corona ist besiegt, die Ökonomie prosperiert, man kann wieder ausgehen, das Leben geht weiter. In Neuseeland, einer vorbildlichen Demokratie, die einen ganz harten Lockdown hinter sich hat (wegen drei Coronafällen wurde Oakland, wo die Hälfte der Bewohner lebt, geschlossen), wurde vor zwei Wochen die Premierministerin mit absoluter Mehrheit wiedergewählt. Die Bewohner sind Teil einer solidarischen Gesellschaft und haben die rigiden Maßnahmen in vorbildlicher Weise befolgt. Hier spalten die Coronaleugner aus purem Egoismus die Gesellschaft. Auch Singapur hat mit rigiden Maßnahmen die Zahl der Infizierten von 58000 auf null gesenkt.

Und Deutschland zerstört sich gerade selbst, weil hier Trottel ihr Unwesen treiben. Ihr habt Recht, ihr

seid die zweite Welle und mitverantwortlich, wenn es, wie heute in Irland, zu einem zweiten Lockdown kommt.

Ich rede nicht mit Coronaleugnern... weil sie mit Rechtsextremen und Nazis kollaborieren. So verarmte Bodo Schiffmann auch in Fulda die Reichsbürger, die mit der Reichskriegsflagge in der Hand den Reichstag stürmen wollten, als konservative Monarchisten. Der Verfassungsschutz beschreibt die Reichsbürger-Szene dagegen als gewaltbereit und waffenaffin. Bei einer Durchsuchung im Oktober 2016 eröffnete ein Anhänger der Szene das Feuer auf Polizeibeamte, einer der Beamten erlag im Anschluss seinen Verletzungen im Krankenhaus.

Schiffmann sieht die Reichsflagge als Symbol der Monarchie, sie habe mit Nazis nichts zu tun. Da liegt er falsch. Bremen und Niedersachsen haben das Zeigen der Flagge nach den Vorfällen vor dem Reichstag kürzlich verboten. In Bremen gilt sie als »Symbol nationalsozialistischer Anschauungen«. Laut Niedersachsens Innenminister zeige sie eine »verfassungsfeindliche Haltung«.

Und Samuel Eckert? »Nach der Querdenken-Demonstration am 29. August in Berlin suchte Eckert den Kontakt zu Akteuren der rechten Szene. So traf er sich mit Oliver Janich und Jürgen Elsässer zum Gespräch und zeigte sich auf Instagram mit der rechten Influencerin Naomi Seibt.

Elsässers Magazin Compact wird seit März vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall geführt, auf Facebook sind die Accounts des Magazins gesperrt worden. Eckert jedoch findet an dem Magazin nichts Problematisches, es sei ein Magazin »das sich kritisch mit der aktuellen Situation auseinandersetze. In seiner aktuellen Ausgabe widmete Compact der Querdenken-Bewegung fast 20 Seiten.« (<https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2020/10/16/meinfreund-der-neonazi-querdenken-moderator-pflegt-seit-jahren-kontakt-in-die-rechtsextreme-szene/>).

»Der Umstand, dass Abstand als Frage des Anstands zu Aufstand führt, ist nur mit fehlendem Verstand erklärbar«, schreibt Doc Caro.

Stadtleben

Ein Zeichen der Hoffnung

Sozialausschuss stimmt einstimmig für Erklärung zur Seenotrettung

Im Sozialausschuss der Stadt Fulda fand vor Kurzem eine denkwürdige Sitzung statt. Auf der Tagesordnung stand eine Eingabe aus der Zivilgesellschaft, die von vielen Akteuren, Verbänden und über 1.000 Einzelpersonen getragen wurde und endlich eine deutliche Positionierung der Stadt zur humanitären Hilfe für Menschen auf der Flucht an den EU-Außengrenzen forderte.

Eine entsprechende Magistratsvorlage wurde engagiert und kompetent in den Beiträgen der verschiedenen Fraktionen im Sozialausschuss diskutiert. Bei der abschließenden Abstimmung votierten die Ausschussmitglieder aller stimmberechtigten Fraktionen einstimmig für die Annahme der vorgelegten Erklärung: Ein deutliches Zeichen für Demokratie und Menschlichkeit aus dem Ausschuss, eine große Stunde für die Fuldaer Bürgervertretung und eine gelungene positive Positionierung unserer Stadt in diesem so drängenden Themenfeld.

In der Stadtverordnetenversammlung am 18.12.2020 wurde das Thema ‚Erklärung zur Seenotrettung‘ noch einmal aufgerufen und erneut abgestimmt. Auch dort stimmten alle im Parlament vertretenen Fraktionen für die Erklärung. Lediglich die Fraktion der drei ‚Rummelbürger für Osthessen‘ votierte gegen die humanitäre Hilfe für Menschen auf der Flucht an den EU-Außengrenzen.

Nachfolgend dokumentieren wir im Wortlaut die Erklärung der Abgeordneten:

Erklärung zur Positionierung und humanitären Hilfe für Menschen auf der Flucht an den EU-Außengrenzen nach einer Eingabe der Seebrücke Fulda in Kooperation mit AGORA Fulda, Attac Gruppe Fulda, BDKJ Diözesanverband Ful-

da, Bündnis Fulda stellt sich quer e.V., BUND KV Fulda, DGB, KAB Diözesanverband Fulda, Kulturzentrum Kreuz e.V., pax christi DV Fulda, ver.di, Welcome in e.V. vom 06.10.2020

Fuldas Geschichte und Gegenwart ist untrennbar verbunden mit den Werten von Menschlichkeit, Solidarität und Freiheit. Die christlichen

uns zu dem humanitären Gebot, Menschen auf der Flucht Schutz zu gewähren und Menschen, die in Folge der Flucht in Seenot geraten sind oder in menschenunwürdigen Situationen leben, zu retten. Wir plädieren an die Verantwortlichen in Europa, seiner humanitären Verantwortung so nachzukommen, dass lebensgefährliche Fluchtrouten nicht notwendig sind. Wichtiges

versorgt werden, ist nicht akzeptabel, da wir uns den europäischen Grundwerten verpflichtet fühlen.

Wir erklären unsere grundsätzliche Bereitschaft, im Rahmen von Anfragen oder Zuweisungen durch die zuständigen Behörden, auch über die Verteilquoten hinaus Menschen auf der Flucht, darunter insbesondere auch unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer,



Wurzeln unserer Stadtgeschichte, die wir letztes Jahr beeindruckend begangen haben, prägen unser Tun. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt gestalten wir angesichts der Herausforderungen der Gegenwart eine vielfältige, demokratische und solidarische Gesellschaft.

Auf dieser Grundlage bekennen wir

langfristiges Ziel muss es sein, die Fluchtursachen dort zu bekämpfen, wo sie entstehen, damit sich Menschen gar nicht erst auf den Weg der Flucht begeben müssen, sondern ihr Leben mit ihren Familien in ihrer Heimat sicher aufbauen können. Dass Menschen auf der Suche nach Schutz und Sicherheit auf dem Mittelmeer sterben oder in Lagern an den EU-Außengrenzen mangelhaft

aufzunehmen. Wir befürworten es, wenn das Land Hessen, die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union vorhandene Programme und Möglichkeiten zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht ausweitet.

Wir erklären dies aus der Erfahrung, wie sehr sich die Bürgerschaft der Stadt Fulda in den vergangenen Jahren in erheblichem Maße um die

Integration von geflüchteten Menschen bemüht hat. Von Beginn des letzten großen Zuzugs 2015/2016 bis heute liegen die Aufnahmezahlen in der Stadt Fulda immer deutlich über den Vergleichswerten der uns umgebenden Kommunen. Daher wissen wir, dass Integration und die Ermöglichung von Teilhabe ein sehr aufwändiger Prozess ist, der aber dank der überwältigenden Mithilfe von Ehrenamtlichen, Vereinen und Bürgerinitiativen gut gelingen kann. Wir sind dankbar für das bisher erlebte Engagement der schon immer oder lange hier lebenden Menschen, und wir vertrauen auch weiter auf die Bereitschaft und Fähigkeit der Fuldaer Bürgerschaft zur Aufnahme von Menschen auf der Flucht.

Solange Menschen mit Fluchterfahrung in unserer Stadt leben, wollen wir diesen unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status ein sicheres Ankommen in der Stadt ermöglichen. Im Rahmen unserer Möglichkeiten bringen wir unsere Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung, Spracherwerb und Bildung ein; wir wollen Teilhabe möglich machen.

In den uns möglichen Kontexten, u.a. auch im Dialog mit unseren Partnerstädten, setzen wir uns für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik ein und wollen und werden begleitet durch Öffentlichkeitsarbeit unseren Beitrag dazu leisten.

Fulda am 19.11.2020

Einstimmig beschlossen von Sozialausschuss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda

Neulich im Parlament

Ein Tag, der Fulda verändert

Unerhörtes trug sich in der Stadtverordnetensitzung der Stadt Fulda am 26.10.2020 zu. Seit 1946 hat die CDU jahrzehntlang unangefochten in fast jeder Kommunalwahl die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen und folgend der Mandate geholt. Sie konnte dadurch sozusagen durchregieren. Generationen von Fuldaern sind damit aufgewachsen, daß die CDU bei jeder Wahl die Mehrheit bekommt.

Unvergessen die Aussage eines führenden und stadtbekanntem Oppositionspolitikers zum Ausgang einer Oberbürgermeisterwahl Ende der 90er Jahre: „Die CDU kann auch einen Besenstiel schwarz lackieren und aufstellen und der wird dann gewählt!“ Doch die Zeiten wandeln sich, die Evolution schreitet voran. Bei der letzten Kommunalwahl 2016 wurde die absolute Mehrheit für die CDU mit 26 Mandaten verfehlt. Jedoch konnte sie zusammen mit der Wählergruppe CWE (Christliche Wählervereinigung) und deren 4 Mandaten den wichtigen Schwellenwert von 30 Stadtverordneten erreichen. Über vier Jahre konnten wiederum mit dieser Mehrheit das Stadtparlament und somit die Geschichte der Stadt dominiert werden. Doch in der letzten Stadtverordnetenversammlung geschah das eigentlich Undenkbare: Zum ersten Mal seit 74 Jahren bekam ein von der CDU eingereicherter Antrag

bei den Stadtverordneten nicht die erforderliche absolute Mehrheit! Konkret ging es um die nach einem neuen hessischen Landesgesetz ermöglichte Abschaffung eines gewählten Ausländerbeirates.

Die neuen Möglichkeiten sehend, wurde der entsprechende Antrag der regierenden CDU/CWE-Ko-

alition in den Verwaltungsgang gebracht und kam letztlich zur Abstimmung. In einer denkwürdigen viereinhalb-Stunden Sitzung in der Orangerie, die corona-bedingt derzeit die Kulisse der Stadtverordnetenversammlung bildet, kam es zu einer inhaltlich hochwertigen und wirklich ausgewogenen Diskussion und Debatte. Dabei wurde über die Frage gestritten, ob es demokratisch vertretbar sei, einen gewähl-



Ort eines denkwürdigen Geschehens: Der Bürgersaal in der Orangerie (Foto: Steffen Schmitz (Carschten) / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0)

ten Ausländerbeirat abzuschaffen und durch eine Integrationskommission zu ersetzen. Diese Möglichkeit war ursprünglich für die Städte und Gemeinden vorgesehen, in denen keine Listen für eine Wahl aufgestellt werden konnten, als Ersatz sozusagen. Und Fulda ist die einzige Stadt in Hessen, die bis heute diese

des Ausländerbeirates gaben sowie weniger stichhaltiger Argumente der Mehrheitsfraktion, kam es zur denkwürdigen Abstimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin gab bekannt, dass der Antrag mehrheitlich angenommen worden sei. Doch jetzt schlug eine Sternstunde des Parlaments. Nachdem

„Nach meinem Wissen bedarf eine so weitreichende Änderung wie die Abschaffung eines Ausländerbeirates nach den Regelungen der Hessischen Gemeindeordnung die absolute Mehrheit der gewählten Abgeordneten und nicht bloß die Mehrheit der anwesenden Stadtverordneten.“

Zwar gelang es dem Präsidium der Versammlung anscheinend nicht, ein entsprechendes Regelwerk noch am gleichen Abend aufzutun, denn erst wurde die Klärung der nötigen Abstimmungsmehrheit bis ans Ende der Tagesordnung verschoben und letztlich noch weiter in die nächsten Tage verzögert. Doch bereits am übernächsten Tag musste das Ungewohnte offiziell bestätigt werden: Die absolute Mehrheit der gewählten Stimmen wäre nötig gewesen und wurde verfehlt. Dies hat die weit reichende Folge, dass aufgrund einer Sperrklausel ein erneuter Antrag von CDU und CWE zum gleichen Thema erst wieder nach einem Jahr gestellt werden darf. Und dies wiederum hat zur Folge, dass im nächsten Frühjahr ein neuer Ausländerbeirat zusammen mit der Kommunalwahl am 14.03.2021 gewählt werden wird. Ein Sieg für die Demokratie. Ein denkwürdiger Tag für Fulda, und ein großes Zeichen aus dem Stadtparlament für eine offene und vielfältige Fuldaer Gesellschaft.

Chance zu nutzen versuchte, wohl auch deshalb, um ein unerquickliches Gremium mit einem sicher oft polarisierenden Vorsitzenden loszuwerden. Nach hochqualifizierten Diskussionsbeiträgen aus allen Oppositionsfraktionen, die die Wichtigkeit des Gremiums für die Vertretung der ausländischen Mitbürger*innen in Fulda betonten und einen Überblick über die Vielfältigkeit der Aufgaben

die Antwort auf die Nachfrage der Stadtverordneten Karin Masche, wie denn genau diese Abstimmung ausgefallen sei, von der Vorsteherin mit 29 Stimmen für den Antrag (ein unabhängiger Abgeordneter stimmte hier mit der Mehrheitskoalition) und 24 Stimmen dagegen, beantwortet worden war, meldete sich die fraktionslose Stadtverordnete Ute Riebold zur Geschäftsordnung und verkündete sinngemäß:

die Antwort auf die Nachfrage der Stadtverordneten Karin Masche, wie denn genau diese Abstimmung ausgefallen sei, von der Vorsteherin mit 29 Stimmen für den Antrag (ein unabhängiger Abgeordneter stimmte hier mit der Mehrheitskoalition) und 24 Stimmen dagegen, beantwortet worden war, meldete sich die fraktionslose Stadtverordnete Ute Riebold zur Geschäftsordnung und verkündete sinngemäß:

Stadtleben

Joe Biden kommt nach Fulda!

Die Sensationsnachricht von Jens Brehl



Fotomontage: AGORA

Es ist amtlich: Der erste Auslandsbesuch des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Joe Biden, wird in die deutsche Metropole Fulda führen. Staatsführer wie Xi Jinping aus China, Emmanuel Macron aus Frankreich und Bundeskanzlerin Angela Merkel müssen sich gedulden. Das erste ausländische Staatsoberhaupt, das Biden treffen wird, ist Oberbürgermeister Heiko Wingenfeld (CDU).

Wingenfeld ist von seinem Erfolg ebenso überrascht, wie Bundespräsident Frank Walter Steinmeier und sämtliche Fuldaer CDU-Kollegen. Dabei hatte auch Kommissar Zufall seine Finger im Spiel. Der Oberbürgermeister und die hiesige IHK (Industrie und Handelskammer) hatten in einer offiziellen Pressemitteilung Joe Biden zum Wahlsieg gratuliert. Wohl niemand hatte

damit gerechnet, dass die Fuldaer Zeitung Wingenfelds Floskel „Wir würden uns sehr freuen, Joe Biden in der Partnerstadt Fulda begrüßen zu dürfen.“ zur Schlagzeile „Stadt Fulda lädt Biden ein“ umformulieren würde. Nachdem nämlich die Fuldaer Zeitung für die Idee, als Lokalzeitung einen besonderen Fokus auf lokale Themen zu setzen, bereits zwei internationale Preise gewonnen hat, steht das Blatt aus der Medienmetropole Osthessen jetzt endlich auch auf Augenhöhe mit der New York Times und der Washington Post.

Apropos Post: Joe Biden stammt aus Fuldas Partnerstadt Wilmington im Bundesstaat Delaware – der wiederum der wahr gewordenen feuchte Traum jedes kreativen Buchhalters und Steuervermeiders ist. Auch namhafte Fuldaer Unter-

nehmen unterhalten hier Firmensitze in Form von Briefkästen. „Wenn ich schon nach Fulda komme, bringe ich auch gleich die Post mit“, twittert der als wirtschaftsliberal geltende Biden.

Nach Recherchen der Agora dürfte auch die Alsfelderin Antonia Bonn nicht unschuldig an Bidens Staatsbesuch im Stadtschloss sein. Die Osthessen Zeitung hatte ausführlich über Bonns Besuch des offenen MRTs von Dr. Al-Hami berichtet. Dessen Praxis wird dabei weit über den grünen Klee hinaus gelobt und wie jeder weiß, stehen Amerikaner auf Superlativen. Bonns entscheidender Satz: „Das gesamte Personal war sehr nett und professionell. Ich würde auch anderen empfehlen, dort hinzugehen.“ Der 77-jährige Biden hofft inzwischen, rechtzeitig vor seinem Besuch in Fulda Rücken-

schmerzen zu bekommen, und dass bei seiner Behandlung alles noch „sehr modern und total sauber ist.“ Eine saubere Arztpraxis, Wahnsinn! Ein Termin sei schon vereinbart, denn der Einfachheit halber ist unterhalb des redaktionell vollkommen unabhängigen Beitrags praktischerweise der Link zu Al-Hamis Internetseite zu finden. Von Antonia Bonns Schilderung weiß Biden, dass man auch drankommt, wenn man einen Termin vereinbart. Clever!

Wingenfelds Tage als Oberbürgermeister gezählt?

Am 14. März 2021 wollte Heiko Wingenfeld eigentlich wieder zur Wahl des Oberbürgermeisters antreten. Nach seinem Coup mit dem Biden-Besuch dürfte dieser Plan obsolet sein. Seit Jahren spricht

sich zwar der hiesige CDU-Kreisverband für Friedrich Merz als Bundesvorsitzenden aus, aber das sich wohl schon bald ändern. Die Wahl soll auf dem Parteitag im Februar 2021 stattfinden, also Zeit genug, mit Heiko Wingenfeld einen viel aussichtsreicheren Kandidaten ins Rennen zu schicken. Sein Geschick auf der Bühne der internationalen Politik hat der Fuldaer bewiesen. Zudem gucke er viel freundlicher als Friedrich Merz, wie es aus Fuldaer CDU-Kreisen zu hören ist. Merz schau immer so, „als hätte ihm BlackRock diesen Monat noch kein Geld überwiesen.“ Manch einer sieht Wingenfeld bereits als Bundeskanzler.

Anekdoten aus Schilda: „Demokratisierungsverhältnisse eines Schwartenmagens“

Eine Bestandsaufnahme von Chris Wollscheid

Anekdoten aus Schilda: „Demokratisierungsverhältnisse eines Schwartenmagens“ – eine Bestandsaufnahme Der Landkreis Fulda im Osten Hessens, der sich ausdehnt und krümmt wie ein überdimensionaler Schwartenmagen* (im Dialekt: Schwadde-moage), ist Heimat und Pilgerstätte von manch absurder politischer Praxis. Mit einem Blick von außen fallen einem groteske Gegebenheiten auf, die man als Teil des Ganzen

als schier alltäglich empfunden hat. Gehen Sie mit mir, einem Exil-Fuldaaner, auf eine verrückte Bestandsaufnahme in die politischen Gefilde Osthessens:

Der AstA der Hochschule Fulda versteht sich als Vorzeigegruppe heutiger Extremismusprävention: Hufeisendenken und unpolitisches Dasein als Doktrin vorprogrammiert. So wurde die angeblich linkspolitische Kulturorganisation Youropa e.V. von den diesjährigen

Hochschultagen abrupt wieder eingeladen. Youropa e.V., die soziale Projektarbeiten in Rumänien durchführen, sind der SPD-nahen AWO unterstellt. Nach unserem Ex-Verfassungsschutzchef Maaßen, dem Stiefkumpel unseres Heimatministers, ist die SPD also eine Partei, die gerne mit Linksextremisten liebäugelt. (Keine Bauchschmerzen hätte der AstA allerdings, an einer Underground-Soli-Party mit einem Verkaufsstand gewinnbringend

teilzunehmen). Untermuert wurde diese Ausladung vom AstA mit der Argumentation, dass, wenn linke Organisationen eingeladen werden, auch deren Äquivalenten von der rechten Seite Raum gegeben werden müssen. In der realen Umsetzung sähe dies so aus: neben Vorträgen zu erneuerbarer Energie darf dann halt auch der Dritte Weg Veranstaltungen unter dem Deckmantel des AstA abhalten. Nichts, was unsere Demokratie nicht aushalten

könnte! Der Dritte Weg würde sich allerdings an der Hochschule sehr wohlfühlen, denn die Hochschule Fulda intensiviert momentan ihren Austausch mit Akademikern des Holocaustleugner-Regimes im Iran. Nach der letzten Landtagswahl konnte sich diese Neonazipartei jedoch nicht im Landkreis etablieren (lausige 6 Stimmen). Anders als ihre „friedensbewegten“ Gesinnungsgenossen von der NPD, die gerne mit blutverschmierten Israel- und

Anekdoten aus Schilda

Fortsetzung von Seite 13

USA-Flaggen an Ostermärschen teilnehmen - dabei von der örtlichen Polizei beschützt -, und als selbstermächtigte Bürgerwehr durch Fulda laufen, dabei Wahnwesten tragend Migranten einschüchtern. Ein Großteil der friedensbewegten Altlinken hätte wahrscheinlich gegen blutverschmierte Israel- und USA-Flaggen nichts einzuwenden. Stehen gegen die USA ja wir, die guten, bestimmt nicht imperialistischen Deutsch-Europäer. Ist der Ruf, aus der NATO auszutreten, ja auch einer der lautesten an diesem Ostersonntag. Gefeierte wird dabei die Solidarität mit Russland und dessen Friedensfürst Putin. Den Pazifismus, den Russland in die Welt bringt, können wir ja sehen, siehe Tschetschenien, Ukraine, Syrien usw. Krude Weltbilder kommen hier auf, die in ihrem Ausmaß sogar die örtliche Medienlandschaft übertreffen. Letztere, vertreten durch die frisch layoutete Fuldaer Bild(er) Zeitung, baut journalistische Perlen so auf: Die eine Hälfte ist Tatsachenbeschreibung, die andere Hälfte ist Meinung eines Lokalpolitikers. Zack fertig, Qualitätsjournalismus. Was die Michael Brands dieser Welt denken, ist schließlich genauso wichtig, wie das Werben für die eigene Gesinnung. Gerne wird dann für die Hayek-Gesellschaft Fulda geworben. Wohnte ich schließlich im Frühjahr noch eines Vortrags besagter Gesellschaft bei, die im Vorfeld groß angelegt von der Fuldaer Zeitung

beworben wurde. Gehalten wurde der von einem älteren Soziologen, der just in seiner neoliberalen Ideologie dem Sozialstaat die Existenzberechtigung absprach. Außerdem plädierte er für den Kapitalismus als „kreative Zerstörung“, und „keine andere Wirtschaftsform funktioniert, nichts außer Kapitalismus“. Neben mir saßen Schulklassen der Richard-Müller-Schule und hingen gebannt an den Lippen dieses Nach-mir-die-Sintflut-Akademikers: Zitat: „Ich bin alt. Was nach mir sein wird, kümmert mich nicht mehr.“

Tscha, was noch zu halten von einer Stadt, die lieber Gelder für Ampelmännchen im Bonifatiusstyle investiert, statt sie in soziokulturelle Freiräume (R.I.P. Underground) fließen zu lassen? Von den journalistischen Eskapaden eines Osthessen-News-Redakteurs, dessen Artikel sich an den CSU/AFD-Konsens anbiedern und Ängste in der Bevölkerung schüren. Von einer stadtinternen Einheitspartei, die unter dem Motto „Was Demokratie ist, bestimmen wir!“, das Stadtgeschehen bestimmt. Das sind die Demokratisierungsverhältnisse eines Schwartenmagens: sie rollen in diesem Landkreis wie zuletzt genanntes Schweinefleischerzeugnis den Berg runter.

*Anmerkung des Verfassers: besten Dank an Stefan für diesen großartigen Vergleich



Ines Korlev, geboren 1943 in Wüstensachsen. Nach einem Mode- und Kunststudium in Mailand zog Ines für die Arbeit an einem Modemagazin nach Paris und lernte dort in den 1970er Jahren einige deutsche Künstler kennen. Auf Einladung von Franz Erhard Walther verschlug es ihn irgendwann nach Fulda. Aufgrund des Wunsches nach Veränderung fragte er vor Kurzem bei der AGORA an und begann zu schreiben. Wir haben seine direkten und wohlgemeinten Briefe aus der Redaktion sofort lieb gewonnen und drucken sie hier mit Freude ab.

Immer ein wenig #swag wünscht:

Ines Korlev

Endlich, endlich, endlich,

Osthessen-News,

„es ist geschafft! Der Dannenröder Wald ist geräumt und alle Bäume für den Weiterbau der A49 gefällt“, habt ihr am 09. Dezember sichtlich erleichtert verkündet. Auch uns ist ein Stein vom Baum, äh, Herzen gefallen. Wurde ja auch Zeit. „Am Dienstag war es nach einem wochenlangen und kräftezehrenden Einsatz für die Polizeibeamten so weit, als am Mittag die letzte Ausbauegnerin festgenommen und der letzte Baum abgesägt wurde“ und wir erstmal einen üppigen Banknotensalat verzehrt haben. Geld kann man doch essen. Damit widerlegen wir, also Du und ich zusammen diesen altbackenen Hippie-Hopi-Quatsch. Ich als moralgeschwängerte Seele unseres lobbyistischen Organs bin natürlich froh, dass jetzt endlich wieder Ruhe im Wald einkehrt und ihr von Beginn an verständlicherweise kein Verständnis für die ganzen Baumaffen aufgebracht habt. Wo kämen wir denn hin, wenn sich der Staat von einer Horde jutegespickter Knallchargen vorschreiben lässt, wie die Dinge hier laufen. Richtig: Zurück zum Beton, zurück zum Asphalt, scheiß auf Trinkwasser! Da sehen wir mal, was passieren kann, wenn man sich vegan ernährt und nur Äpfel knabbert. Also, Osthessen-News, weiter schön für Staat und Wirtschaft eintreten und den anderen Kram einfach links liegen lassen. Ich bin stolz auf euch! Lasst uns gemeinsam singen: „Beton muss her, Beton muss her, der Mischer ist schon wieder leer!“

Plattgewalzt,
Ines

Ganz oft habe ich Sie,

Oberbürgermeister Dr. Wingenfeld,

als auch andere Mandatsträger kritisiert oder Punkte gesucht, mit denen ich mich über Sie beömmeln konnte. Aber ich möchte natürlich auch meine Verbundenheit mit meinem Wohn- und Lebensort Fulda aufzeigen, in dem ich Sie auch gerne lobe und Ihnen sehr gerne Hilfestellung bei weiteren Planungen geben möchte. Ich habe den Lokalmedien am 18. November 2020 entnommen, dass Sie in engem Kontakt zu den Eigentümern des ehemaligen Kaufhauses Kerber aka Kaufhof stehen, was die weitere Nutzung angeht und mit großer Zufriedenheit bemerkt, Sie möchten sich mit Hingabe für eine gute Umnutzung auch im Sinne der Öffentlichkeit einsetzen. Da dachte ich mir, mensch Ines, dies ist der geeignete Zeitpunkt, Ihnen mein Anliegen näherzubringen, schnell die Kinder-Akademie dort im Erdgeschoss anzusiedeln, bevor andere unnütze Dinge dort geparkt werden.

Wie ich darauf komme? Nun ja, meine Beobachtungen haben ergeben, dass Bildungsstätten dieser Art oft in Bahnhofsnähe zu finden sind. Das "Wortreich" in Bad Hersfeld, in dem spielerisch die deutsche Sprache erklärt wird, befindet sich ebenso in Laufweite des Bahnhofes wie das "Mathematikum" im Gießen, ein Ort für die Freuden und Entdeckungen der Mathematik. Perfekt eigentlich für Grundschulklassen, Jugendgruppen und Familien, die oft mit der Bahn anreisen und fußläufig in wenigen Minuten dort sind - gerade jetzt, wenn die gesamte Bahnhofstraße bald Fußgängerzone sein wird.

In Fulda hingegen gleicht es einem Spießrutenlauf, eine Grundschulklasse aus Flieden, Gersfeld oder Lauterbach mit der Bahn einlaufen zu lassen, den katastrophalen innerstädtischen ÖPNV zu bewältigen und dann noch die Kinder-Akademie versteckt irgendwo im Nirgendwo des Südens aufzufinden. Und die ganze Reise wieder retour. Wäre es nicht nur aus den offensichtlichen Gründen heraus klüger, diese bedeutungsvolle Bildungseinrichtung mit einzigartigem, begehbarbarem Herzen mitten in die Innenstadt und somit in Bahnhofsnähe zu verpflanzen?

Ich dachte mir, dass Sie meinen Vorschlag gutheißen. Schließlich sollen Sie ja auch nicht umsonst direkt an der A7 auf großen braunen Tafeln für Touristen und Familien auf Boxenstopp dieses Angebot bewerben.

Hören Sie auf Ihr Mandatsherz,
ich meine es ernst!
Ines

Da ist sie einfach weg,

liebe Bildungsbürger*innen,

unglaublich, aber wahr: Die jahrhundertealte Bibliothek des Klosters Frauenberg wurde unbemerkt von der Fuldaer Öffentlichkeit verkauft und aus dem Kloster weggebracht.

Die weit über 100.000 Bücher wurden anscheinend billigst verschertelt und mit mehreren LKWs aus dem Kloster und aus unserer vielleicht demnächst mit dem Siegel 'europäisches Kulturerbe' ausgezeichneten Stadt Fulda weggebracht.

Welch trauriges Ende für eine jahrhundertealte Tradition, vergleichbar nur mit dem Verlust der Fuldaer Klosterbibliothek im Dreißigjährigen Krieg, dem unschätzbare Werke und für die Fuldaer Historie unwiederbringliche immaterielle Werte zum Opfer fielen.

Über 20.000 historische Bücher aus dem 15. bis 19. Jahrhundert waren ein wichtiger Teil der Klosterbibliothek am Frauenberg. Aktuell befinden sich in den angestammten Bibliotheksräumen höchstens noch einige Häufchen einzelner Buchstaben, die beim Abtransport aus den Büchern herausgefallen sind.

So weit so schlimm.

Als lesender Arbeiter fragt sich Ines:

Warum wurde die Bibliothek überhaupt verkauft?

Wer zeichnet verantwortlich für diese Entscheidung?

Wer wußte von dem bevorstehenden Verkauf?

Wer war daran beteiligt, hat die Verkaufsverhandlungen geführt?

Warum wurde die Verkaufsabsicht nicht öffentlich gemacht?

Was wußten die Offiziellen der Stadt, das Kulturamt, unser Oberbürgermeister?

Warum hat der ehemalige Oberbürgermeister Gerhard Möller, seines Zeichens auch Vorsitzender des Fuldaer Geschichtsvereins und Mitglied der Förderstiftung im antonius Netzwerk Mensch, sich nicht für den Verbleib der Bibliothek eingesetzt?

Die Bibliothek wurde wohl auch vergeblich der Theologischen Hochschule angeboten. Warum hat man diese einmalige Chance für Fulda verstreichen lassen?

Und zuletzt noch mit Cicero: Cui bono?*

Der Vorhang ist gefallen und alle Fragen offen.

Betroffen:
Ines

*Wem nützt es?

Vielleicht muss man ein klein wenig „verrückt“ sein.

Die AGORA im Gespräch mit Jens Brehl, dem Autor des Buches *Für unsere Zukunft - Wie Bio-Pioniere die Welt verändern*

AGORA: In deinem Buch über deutsche Biopioniere werden gleich zwei Betriebe aus der Region vorgestellt – Tegut und Loheland. Das überrascht, wenn man bedenkt, dass Osthessen doch eher als konservativ gilt und man das auch meistens so erlebt, oder?

JENS BREHL: Gerade in den Anfängen der Bio-Branche lief das meiste recht chaotisch ab, schließlich war sie bis vor wenigen Jahrzehnten gar keine organisierte Branche, wie wir sie heute kennen. Oft lag es zunächst an Einzelnen oder kleinen Gruppen, neue Wege zu gehen – und solche Impulse gab und gibt es überall in Deutschland.

Tegut

Der damalige Tegut-Geschäftsführer Wolfgang Gutberlet ist Biolebensmitteln privat begegnet und seine Familie hat die Ernährung entsprechend umgestellt. Ab einem gewissen Punkt wollte er diese guten Lebensmittel auch seinen Kunden anbieten. So landeten 1982 bundesweit die ersten Bioprodukte in einem konventionellen Supermarkt, was damals absolut „verrückt“ und für Tegut zunächst ein großer Flop war. Die Kunden ließen Bio weitgehend links liegen und die Produkte flogen regelmäßig aus dem Sortiment. Wolfgang Gutberlet sorgte aber trotz internem Widerstand im Unternehmen dafür, dass die Biolebensmittel immer aufgenommen wurden. Andere Supermarktketten hätten das Experiment abgebrochen. 2019 hatte Tegut laut einer Schätzung der Lebensmittel-Zeitung bundesweit einen Marktanteil von 0,41 Prozent, ist aber nach wie vor Spitzenreiter in der Branche, da das konventionelle Unternehmen rund 30 Prozent seines Umsatzes mit Biolebensmitteln erwirtschaftet. Und Gutberlet hatte recht behalten. Heute sind Supermärkte und Discounter die wichtigsten Absatzwege für Biolebensmittel.

Loheland

Louise Langaard und Hedwig von Rohden konnten ihre Frauensiedlung Loheland als gelebte Utopie nahe Künzell gründen und das zugehörige Land kaufen, weil es – gelinde gesagt – nicht gerade fruchtbar und daher für die Landwirtschaft uninteressant war. Vor fast 100 Jahren begann dort die ökologische Landwirtschaft in Deutschland: Loheland ist der zweitälteste Demeterhof und auch regional eine wichtige Keimzelle. Martin Günzel lernte dort in den 1970ern Gemüsegärtner, heute leitet er die antonius-Gärtnerei. Ihm ist es wiederum zu verdanken, dass die Lebensmittelbetriebe von antonius überhaupt auf ökologisch umstellten. Chemisch-industrielle Landwirtschaft kann man sich dort heute gar nicht mehr vorstellen.

A: Was auch ins Auge sticht in deinem Buch: die Biodynamik spielt im Leben der meisten von dir besuchten Landwirte, Produzenten und Unternehmen eine große Rolle. Wie kommt das?

JB: Wenn man sich mit Biopionieren und den Anfängen der Biobranche beschäftigt, stößt man zwangsläufig auf viele Akteure der biologisch-dynamischen Landwirtschaft, besser unter dem Markennamen „Demeter“ bekannt. Verlust von fruchtbaren Ackerböden, Rückgang der Artenvielfalt durch industrielle Landwirtschaft, Abhängigkeiten von Konzernen bei Kunstdünger und Pestiziden – diese Probleme

sahen vereinzelte Bäuerinnen und Bauern schon vor über 100 Jahren.

A: Viele Bauern, auch in der Region, sehen das aber ganz anders. Sie stellen grüne Kreuze auf und sagen damit überspitzt, „Demeter“ würde sie in den Ruin treiben. Zumindest ist da ein starkes Paradigma, das sagt, nur konventionelle Landwirtschaft kann die Welt ernähren und die konventionellen Bauern sind es, die die Regale in den Supermärkten füllen.



Zwei Generationen: Margarethe Voegelé (rechts) mit Gärtnerin Inga Koch (Foto: Jens Brehl)

JB: Und ich kann die Sichtweise nachvollziehen. Jahrzehntlang sorgte die Agrarpolitik, deren Subventionen, der Fokus auf den Export und die Spezialisierung der Höfe dafür, dass Betriebe tendenziell immer größer werden mussten – Stichwort: Wachse oder weiche. Hinzu kommt der Druck der Lebensmittelindustrie, der Supermärkte und der meisten Verbraucher, möglichst billige Lebensmittel zu bekommen – nach wie vor werden von den Endkunden mit einem Marktanteil von etwa 95 Prozent weitgehend konventionelle Lebensmittel gekauft. Dann ist da noch der Bauernverband, der möglichst den Status Quo erhalten möchte. Kurz, die konventionellen Bauern machten genau das, was das System von ihnen verlangte und waren dann plötzlich die „Umweltsäure“. Dabei zeichnete sich ein Wandel seit Jahren ab, wie beispielsweise die neue Gülleverordnung. Anstatt jahrelang zu blockieren, wäre es die Aufgabe des Bauernverbands gewesen, eine tragfähige Übergangszeit auszuhandeln und mitzugestalten, in welcher Form Vorschriften schrittweise verschärft werden. Man muss die Landwirte mitnehmen und ihnen den Umbau ermöglichen. Plötzlich musste es schnell gehen, ohne dass sich einige Landwirte darauf vorbereiten konnten. Und nun haben sie schlicht Angst um ihre Existenz.

A: Wir beide sind uns dennoch einig, dass es zu einem Systemwandel kommen muss. Wir verlieren immer mehr fruchtbaren Boden, vergiften unser Essen, die Umgebung und das Trinkwasser, sorgen dafür, dass die Artenvielfalt zurückgeht und haben einen immensen fossilen Energieaufwand, nur damit wir billige Produkte im Discounter kaufen können oder Schweinefleisch für China produzieren.

JB: Genau, die Frage ist, wie gestalten die die Wende? Die Weichen in der Agrarpolitik werden in Brüssel gestellt. Und eins ist klar, wir stehen bei Bio erst am Anfang. Bis 2030 sollen in Deutschland 20 Prozent der Flächen ökologisch bewirtschaftet werden. Wir müssten also in zehn Jahren in etwa den derzeitigen Flächenanteil verdoppeln. Dazu braucht es aber auch die entsprechende Nachfrage nach

Biolebensmitteln. Und spätestens dann beginnt der große Kampf um weitere Äcker, weil die Agrarmekkonzerne nicht kampfflos zusehen werden, da sie jetzt bereits nur noch 80 Prozent der Böden zur „Verfügung“ haben, Tendenz fallend. Auch muss man wissen, dass die Preise im Lebensmittelmarkt nicht durch den freien Markt bestimmt sind. Sie sind politisch beeinflusst. Einzig durch hohe Subventionen aus Brüssel und dem Negieren der Kosten für Umweltschäden kann unsere konventionell angebaute

Nahrung so preiswert angeboten werden. Zum Beispiel werden die steigenden Trinkwasserkosten wegen hoher Nitratbelastung aus der Massentierhaltung auf die Wasserkunden umgelegt und finden sich nicht im Preis des Schnitzels wieder. Bio kann so nicht fair konkurrieren.

A: Klingt nicht gerade vielversprechend, das mit der Wende.

JB: Es gibt schon auch Hoffnung. Gerade jetzt in der Corona-Krise zeigt sich, dass Menschen verstärkt überlegen, wie man sich gesund ernähren kann. So sind Biolebensmittel momentan Krisengewinner. Menschen sind auf einmal bereit, mehr Geld für Lebensmittel auszugeben. Das ist ein wichtiges Zeichen, gerade auch für die konventionellen Landwirte, die bis jetzt eher das Gegenteil erfahren haben, dass der Konsument nämlich nur auf den billigsten Preis schaut.

Und wir haben in der Region auch Gestaltungsmöglichkeiten. Der Systemumbau von Biolebensmitteln geht Hand in Hand mit der regionalen Weiterverarbeitung der Produkte. Die Natur setzt auf Vielfalt und das sollten wir auch tun. Wir brauchen sowohl kleine, als auch mittelständische Unternehmen, die die Biolebensmittel verarbeiten. Die sind in den letzten Jahren weniger geworden. Was ist aber, wenn wir Genossenschaften in der Region fördern oder etwas Vergleichbares gründen wie die solidarische Landwirtschaft, nur auf der Ebene der Weiterverarbeitung?

A: Das passt ja gut zu unserem Sonderteil in der Ausgabe, klingt fast so wie ein Wahlprogramm.

JB: Dafür hätte ich noch mehr Vorschläge. Mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) werden die großen politischen Entscheidungen in Sachen Landwirtschaft in Brüssel getroffen. Das befreit Kommunen und Landkreise aber nicht von jeglicher Verantwortung, auch auf dieser Ebene gibt es Gestaltungsräume. Es wäre tatsächlich spannend, neben Plänen für Wohnungs- und Straßenbau und Ähnlichem auch der Frage nachzugehen, wie man die Menschen im Landkreis ökologisch nachhaltig ernähren kann.

Ein Ernährungsrat, wie beispielsweise in Frankfurt am Main, wäre ein wichtiger erster Schritt dahin. Bisher fragt sich doch kaum jemand, wo unsere Lebensmittel überhaupt herkommen und wie sicher die Versorgungslage ist.

Wenn tendenziell mehr landwirtschaftliche Betriebe auf Bio umstellen sollen, braucht es im Sinne einer regionalen Wertschöpfung lokale Verarbeiter. Wie wäre es mit einer genossenschaftlichen oder kommunalen Molkerei? So wie es zum Beispiel mit dem Schlachthof in Fulda funktioniert hat, der von einer Erzeugergemeinschaft getragen wird und damit gerettet wurde. In ganz Hessen gibt es nur noch zwei Schlachthöfe! Der unsrige ermöglicht einen kurzen Transportweg, regionale Wertschöpfung, Steuereinnahmen, Arbeitsplätze und Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort. Jetzt fehlen noch weitere Zerlegebetriebe und Biometzger.

Zudem gilt es, die Nachfrage nach Biolebensmitteln zu stärken, die derzeit gerade einmal einen Anteil von 5,3 Prozent am gesamten Umsatz haben. Die Produkte müssen ja Abnehmer finden, ansonsten gehen aufgrund des Überangebots die Preise in den Keller, was landwirtschaftliche Betriebe enorm unter Druck setzen würde. Der öffentliche Einkauf für Kantinen von kommunalen Einrichtungen, Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten wäre keine alleinige Lösung, aber eine wichtige Stütze. Seit 2017 ist Fulda offiziell „Klima-Kommune“, und wer Klima-Kommune sein will, muss auch entsprechend konsequent einkaufen: saisonal, regional, Bio.

Das hieße gleich drei außerordentlich dicke Bretter zu bohren: mit entsprechendem politischen wie wirtschaftlichem Gegenwind. Mehr Bio bedeutet auf der anderen Seite ja auch weniger industrielle Chemie.

A: Zum Abschluss nochmal was Persönliches. Du hast mit deinem neuen Buch wieder ein Thema ausgesucht, dass sich um eine Nische kümmert. Ein Erfolg, aus finanzieller Sicht, war vorher schon eher aussichtslos. Und jetzt kam noch Corona dazu. Warum also das Ganze? Und steckt darin vielleicht auch eine Gemeinsamkeit zwischen den Biopionieren des Buches und dir selbst?

JB: Tatsächlich ist es für alle Autoren ein schwerer Schlag, dass die Frankfurter Buchmesse und viele Lesungen nicht stattfinden konnten. Im Buch stecken etliche Monate Arbeit, alles habe ich vor Ort recherchiert; zumindest das erfolgreiche Crowdfunding hat die Reisekosten gedeckt. Ob ich mit dem Buch einen Gewinn erzielen werde, den ich in weitere Recherchen investieren kann, steht in den Sternen.

Ich wollte unbedingt die Menschen kennenlernen, die den Grundstein für eine lebenswerte Zukunft für uns alle gelegt haben. Der Titel „Für unsere Zukunft“ ist bewusst gewählt. Wir sind Teil der Natur und gleichzeitig machen wir sie durch die konventionellen Methoden in der Landwirtschaft kaputt. Bio will das ändern. Hier werden nicht nur Lebensmittel produziert, sondern gleichzeitig ein Beitrag geleistet zum Erhalt der Artenvielfalt, CO2 wird durch Humus gebunden, Artenvielfalt erhalten und die Versorgung generell robuster gemacht. Diese Leistungen werden viel zu wenig honoriert. Und die meisten Protagonisten:innen antworteten auf die Frage, warum sie so viel Risiko auf sich nahmen, Durststrecken überwunden haben und Ausdauer an den Tag legten: Aus innerer Überzeugung; wir mussten es einfach tun, wir machen ja das Richtige. Und so ähnlich ging es mir mit meinem Buch auch. Vielleicht muss man ein klein wenig „verrückt“ sein.



Die Geschichte einer Eiche

Ein Gastbeitrag von ‚Maulwurf‘

„Die Geschichte einer Eiche“ – warum dieses Gedicht?

Ich habe dieses Gedicht geschrieben, weil die entwürdigende und lebensverachtende Art und Weise, mit der sämtliche Lebewesen zur heutigen Zeit behandelt werden, zu nichts außer Zerstörung, Gewalt und Leid führt. Ich habe mich, um dieses Gedicht schreiben zu können, sehr intensiv über die Eiche als Baum informiert, da im Dannenröder Forst überwiegend Buchen und Eichen wachsen. Der Dannenröder Forst ist ein schützenswertes Biotop, deshalb empfinde ich seine Erhaltung als besonders wichtig. Außerdem steht er exemplarisch für alle anderen Lebensräume, die aus unzeitgemäßen, undurchdachten und egoistischen Gründen derzeit dem Kapitalismus zum Opfer fallen. Das Gedicht ist die Lebensgeschichte einer Eiche von ihrer Entstehung bis zur Rodung des Waldes. Die Erzählung des Baums soll auf die Bedürfnisse der Natur

und auf die Wichtigkeit hinweisen, dass funktionierende Ökosysteme erhalten bleiben. Durch die vermenschlichte Erzählung hoffe ich auf mehr Mitgefühl und Verständnis bei den Lesern, letztendlich auf mehr Achtsamkeit. Kurz und knapp: Wir Menschen sollten uns nicht mehr als getrennt von der Umwelt empfinden, sondern die Umwelt sollte uns zur Mitwelt werden.



Die Geschichte einer Eiche

Es begann an einem Frühlingstag
Der Vorgang war sehr unscheinbar
Dass sich kaum jemand erinnern mag
Obwohl es ein kleines Wunder war

Einige Zeit verging
Bis ich im Herbst anfang
Zu wachsen und stärker zu werden, und so
Fiel ich schließlich hinab zu Erden

Zu diesem Zeitpunkt war alles da
Was ich später noch brauchen würde
Geduldig wartete ich und sah
Ich war fast bereit für die nächste Hürde

Ich lag also da für einige Zeit
Dann wurde es wärmer und ich war bereit
Ich war durstig und trank eine Menge, nun denn
Es wurde mirin meiner Haut zu eng

Ich wusste ich musste nun größer werden
Und grub meine Füße tief in die Erde
Dann streckte ich mich kräftig nach oben
Und erhob mich ein Stückchen vom Boden

Der Platz gefiel mir an dem ich war
Doch war ich noch lange nicht außer Gefahr
Drum hielt ich mich stärker am Boden fest
Weil sich jemand wie ich keine Angst machen lässt

So wuchs ich weiter, hoch hinaus
Und streckte mich in alle Richtungen aus
So ging das von Jahr zu Jahr langsamer zwar
Doch stetig, so dass ich bald riesig war

Aber glaubt nicht, dass alles ein Kinderspiel war
Ein kleiner Kampf war es, Tag für Tag
An manchen da schwitzte ich, es war so warm
Und Wasser fehlte, bis Regen kam

An anderen schien die Sonne fast nicht
Das war fürchterlich, denn ich liebe das Licht
Noch andere Witterung musst ich ertragen
Deren Grausamkeit so manch andre erlagen

Und ich habe zwar eine dicke Haut
Die mich jedoch nicht vor allem schützt
Weshalb es mir vor Verletzungen graut
denn wehren kann ich mich leider nicht

viele Jahre ist meine Geburt nun schon her
doch das Leben war seitdem nicht weniger schwer
200 Jahre bin ich nun schon hier
Und will noch lang bleiben, das sag ich dir!

Ich bin sehr alt und habe schon viel gesehen
Doch kann ich so manche Tat nicht verstehen
Rücksichtnahme hat fast niemand im Blick
Und Respekt vor dem Leben weicht Egozentrismus

Ich habe zuletzt sehr viele gesehen
Die starben und jetzt nicht mehr vor mir stehen
Ein Tod durch Maschinen, laut und stark
Deren so mancher Baum erlag

Doch wollen wir Pflanzen noch lange bleiben
Und nicht einen unnützen Tod erleiden
Wir können zum Teil über 1000 werden
Lebende Monumente auf Erden

Zeitzeuge sind wir, die Lebensraum schenken
Und die Luft reinigen, die ihr atmet
Die Fäden, an dem eure Leben hängen
Merkt ihr nicht, wie ihr euch selbst verrätet?

Verrat an der Zukunft, den eigenen Kindern
Die auch saubere Luft und Wasser brauchen
Ihr braucht keine Ausreden mehr erfinden
Die könnt ihr getrost in der Pfeife rauchen

Und wer jetzt wirklich immer noch denkt
„Das sind doch nur Pflanzen“ ist wirklich beschränkt
Bitte schützt die Umwelt und jedes Leben
Denn ohne die Vielfalt wird's auch euch nicht mehr geben!

-Maulwurf

Umwelt

Was bleibt vom Danni?

Ein Gastbeitrag von David Gröbner

Vorneweg zwei Fakten, die medial keine große Aufmerksamkeit erhalten haben:

Die Rodungen des Maulbacher-, des Dannenröder- und des Herrenwaldes wurden vom Bundesverwaltungsgericht zwar genehmigt und basieren auf rechtlicher Grundlage, aber es wurde selbst von Seiten des Gerichtes beanstandet, dass die Wasseruntersuchungen auf einem zu alten Stand seien und eine Überarbeitung dringend nötig wäre. Sie beruhen auf einer Risikoanalyse, nicht einmal eines Gutachtens, der durchführenden Baugesellschaft Deges aus dem Jahr 2006.

Deren Aktualisierung im Jahr 2019 zwar vorgenommen, aber überwiegend unbeachtet blieben.

In den Jahren 2018 und 2020 wurde in Hessen der Trinkwassernotstand ausgerufen und der Dannenröder Wald ist ein mehrere Hundert Jahre alter Mischwald, der an mehr als 550.000 Menschen in Hessen Trinkwasser liefert.

Diese essentiellen Fakten und auch, dass Ausgleichsflächen in vergleichbarer Dimension und Güte gar nicht umsetzbar sind, werden schlichtweg von den verantwortlichen Regierungskreisen ausgeklammert.

Viele Aktivisten:innen sind überzeugt: „Der Danni bleibt Inspiration, bleibt Hoffnung, ein wichtiges und klares Symbol aufkeimenden Protests gegen verfehlte Klimaschutzziele und für den Erhalt von Ökosystemen.“

In Dannenrod tragen Aktivisten und Polizisten stellvertretend einen Konflikt aus, der eigentlich auf politischer Ebene und Bühne geführt werden müsste.

Die Rodungen, die vor allem den beiden CDU-Parteispenden zahlenden Konzernen Ferrero und Fritz Winter in Stadtallendorf dienen, gilt es klar in Frage zu stellen angesichts des de facto immer näher rückenden Point-of-no-Return des derzeit unaufhaltsam voranschreitenden Klimawandels.

Scheinbar vergeblich haben die Aktivisten gekämpft. Sie hofften und warteten auf ein Einlenken vor al-

lem der ökologischen Parteien, bis auf die Fraktion der Linken vergeblich. Sie haben alles versucht, die Rodungen mit Formen des zivilen Ungehorsams aufzuhalten, oder doch wenigstens ein Moratorium zu erwirken.

225.000 Unterschriften von Bürgern wurden Anfang November von Greenpeace, Compact und dem BUND an Tarek Al-Wazir im Hessischen Verkehrsministerium überreicht - und fanden kein Gehör. Die Möglichkeiten, ein Moratorium zu erwirken, waren und sind allerdings noch immer nicht ausgeschöpft - auch wenn nach wie vor versucht wird, die Verantwortung auf Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer abzuwälzen.

Dieser Bundesverkehrsminister wird am 01.01.2021 mit der Gründung einer neuen Autobahn-GmbH und horrenden Honoraren für zukünftige Mitarbeiter - laut Tagesspiegel - mehr als 400 Millionen Euro verbrennen und bis 2025 dadurch eine Finanzierungslücke von insgesamt 2,7 Milliarden Euro vorweisen.

Zurück zur Frage: Was bleibt vom Danni?

Der politische Kampf der Aktivisten von WaldStattAsphalt geht auch im Danni weiter, da die Rodung der Trasse erst der Anfang war.

27 Hektar Waldzerstörung auf der geplanten Trasse sind allerdings vollzogen. Was aber verschwiegen wird: Für die Autobahn benötigt das Unternehmen der Deges nicht nur die Trasse, es müssen zusätzlich noch die Flächen für Arbeitsstraßen gerodet werden, hier bezieht das Unternehmen Deges über den Umfang keine Stellung und gewährt bisher keinen Einblick in die Unterlagen.

Laut Wulf Hahn, dem Geschäftsführer des Verkehrs- und Umweltplanungsbüros RegioConsult und von dem Unternehmen Deges nicht ausgeschlossen, kommt es längerfristig entlang der Trasse durch Einwirkung von Sonnenbrand längerfristig zu einem weiteren Waldschaden von etwa 90 Hektar.

Außerdem muss der Bundesverkehrswegeplan unbedingt kritisch hinterfragt werden: Sind für das

kommende Jahrzehnt 850 km neu geplante Autobahnen in Zeiten der Klimakrise noch zu vertreten? Das Bewusstsein für ein radikales Umsteuern, nicht nur in der Verkehrspolitik, wächst jedenfalls von Tag zu Tag: „Die Baumhausdörfer sind zwar weg und natürlich ist es traurig, dass unser Zuhause abgerissen wurde. Aber wir sind fest entschlossen, den Kampf gegen die A 49 und für die Verkehrswende weiterzuführen. Der Dannenröder Forst ist zum Initial geworden und jede geplante Autobahn wird jetzt weitere Proteste hervorrufen.“

Tipps der Redaktion:

Zum Thema unbedingt zu empfehlen ist ein sehr aktuelles, inspirierendes und hochbrisantes Buch zum Weg aus der Klimakrise; es stammt von dem Salzburger Professor Christian Zeller. Er lehrt Wirtschaftsgeographie und Global Studies an der Universität Salzburg und setzt sich für eine transnationale ökosozialistische Bewegung von unten ein. Es ist nicht 11:55 Uhr, sondern es ist 12:00 Uhr. Die Klimakatastrophe findet statt. Die Treibhausgasemissionen nehmen weiterhin zu und die Erde erhitzt sich. Millionen von Menschen müssen ihre Heimat verlassen. Die Menschheit befindet sich in einem beängstigenden Rennen gegen die Zeit. Die Regierungen und die großen Konzerne weigern sich, wirksam gegen die Bedrohungen zu handeln. Profite und Wettbewerbsfähigkeit gehen vor. Umwelt-, Gesundheits- und Wirtschaftskrisen verdichten sich. Christian Zeller macht deutlich, warum wir eine Revolution für das Klima und das Leben der Menschen brauchen und wie diese aussehen kann. Die Produktion, der Verkehr und das Finanzsystem sind grundlegend umzubauen. Die gesellschaftliche Infrastruktur - Gesundheit, Pflege, Sorge und Bildung - sind auszubauen. Hierfür braucht es eine gemeinsame und riesige gesellschaftliche Mobilisierung. Zellers Buch zeigt den Weg in Richtung einer Gesellschaft, die weniger und anders produziert, gerecht teilt und in der die Menschen gemeinsam entscheiden. Das ist eine ökosozialistische Gesellschaft.



Aktionscharakter und utopischer Überschuss

20 Jahre attac – Die Rede von Martin Uebelacker in der Paulskirche in Frankfurt am Main

In einer anderen Zeit, noch vor Corona, fand in der Frankfurter Paulskirche der Festakt zu ‚20 Jahre Attac‘ auf Einladung des Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann statt. Über 600 geladene Gäste und weitere Persönlichkeiten wie die Journalistin Ferda Ataman, Lisa Neubauer von Fridays for Future, die Netzaktivistin Katharina Nocun und Jana Ciernoch von SOS Méditerranée nahmen an den Feierlichkeiten teil und resümierten die bisher 20jährige Geschichte des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac, die Erkenntnisse für die aktuellen politischen Kämpfe und die unverzichtbare Rolle der Zivilgesellschaft. Die Wichtigkeit von Attac, gerade auch beim Blick auf den derzeitigen Zustand unserer Welt und die Hoffnung auf wesentliche Verbesserungen für die Menschen und die ausgebeutete Mitwelt zogen sich durch alle Beiträge.

Nachfolgend dokumentieren wir die Rede, die Martin Uebelacker vom Attac-Rat am 15.02.2020 aus der Paulskirche hielt.

„Guten Tag meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Peter Feldmann, liebe Freundinnen und Freunde, liebes Publikum!
Ich freue mich, heute hier in der Paulskirche zu Ihnen sprechen zu dürfen. Mein Name ist Martin Uebelacker. Seit vielen Jahren ist Attac meine politische Heimat.

Es freut mich besonders, dass wir uns heute im Rahmen der neuen Reihe zur Zivilgesellschaft mit der Podiumsdiskussion ‚Zivilgesellschaft unter Druck‘ auch Attac widmen. An diesem Wochenende feiern wir 20 Jahre Attac. Und wir feiern es im Bewusstsein, dass wir wirken, dass wir relevant sind.
Versetzen wir uns zurück ins politische Umfeld um die Jahrtausendwende. Der Machtblock des realsozialistischen Gesellschaftssystems war zehn Jahre vorher zerbrochen. Gesellschaftlicher Umbruch in vielen Ländern der Welt. Vom Ende der Geschichte war die Rede. Unser westliches kapitalistisches Gesellschaftssystem schickte sich an, den gesamten Globus zu erobern. Die neoliberale Globalisierung ist in vollem Gange.

Der Dammbbruch der deutschen Außenpolitik mit dem völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz im Kosovokrieg unter einem grünen Außenminister stieß in der deutschen Zivilgesellschaft auf großen Widerstand. Die neoliberalen Reformen der Regierung Schröder brachten Hunderttausende auf die Straßen. Viele Menschen verloren ihre politische Heimat, althergebrachte Gewissheiten stürzten ein.

In dieser unsicheren, aufgeheizten Stimmung gründete sich im Januar des Jahres 2000 das Netzwerk Attac. Vorbild war das 1998 gegründete französische Attac. Übersetzt bedeutet das Kürzel: Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der Bürger. Diese erste Forderung einer Finanztransaktionssteuer, der Tobin-Steuer, führte hier in Frankfurt zur Gründung des ‚Netzwerks zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte‘ durch etwa 100 Institutionen und Einzelpersonen. Von ver.di und der GEW über KAIROS Europa, pax christi,

christliche Sozialisten, die DFG-VK bis zu Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wie BUND, die Naturfreunde, die Informationsstelle Lateinamerika (ila) sowie medico International, um nur einige zu nennen. Alle einte das Ziel des Umdenkens und Umlenkens unserer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik: Weg vom ungezügelten neoliberalen Dogma nach Thatcher und Reagan, weg von der Ausbeutung der Länder des Südens zum Vorteil von privilegierten Gruppen in den Industrieländern, weg von der Spal-

der Welt, sowohl im Norden wie im Süden und mit einer Durchsetzung der Menschenrechte für alle. Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und utopischem Überschuss. Um die Welt zu verändern, muss man die Welt verstehen! Zusammenhänge müssen beleuchtet und Netzwerke gebildet werden. Hier haben wir uns in den vergangenen Jahren eine hohe Expertise erarbeitet.

Unsere schlimmsten Befürchtungen wurden wahr, als im Jahr 2008

nunungsrede zum Alternativgipfel lebhaft in Erinnerung. Jean Ziegler, damals UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung hielt sie in der überfüllten Rostocker Nikolaikirche. Er begeisterte und inspirierte Alle mit seinen klaren Worten, seiner schonungslosen Beschreibung der aktuellen Lage und seiner Hoffnung. Seine Rede endete mit dem Zitat von Pablo Neruda: „Sieh, unsere Feinde können alle Blumen abschneiden, aber nie werden sie den Frühling brechen.“ Um seine gesteckten Ziele zu er-

besondere Atmosphäre im Raum und für mich auch eine ganz außergewöhnliche Erfahrung, hier auf dem Podium zu übernachten, die ich nicht missen möchte. Und heute sind wir hier und diskutieren über die Zivilgesellschaft und die Demokratie.

Gerade auch nach dem kürzlichen Geschehen im Thüringer Landtag ist die Aufgabe eines entschiedenen Streitens für eine im guten Sinne freiheitliche, soziale und vor allem solidarische Gesellschaft aktueller denn je. Ein Demokratieverständnis, das Schwächere ausgrenzt, im autoritären Gewand daherkommt und auf menschenfeindliche Maßnahmen setzt, ist hochgefährlich und darf in unserer Gesellschaft keinen Raum gewinnen.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass auch die Paulskirche bereits Ort umstrittener Ereignisse war, man denke nur an die Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger im Jahr 1982.

Attac als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und utopischem Überschuss.

Die neoliberale Globalisierung hinterlässt die Klimakrise und soziale Verwüstungen. Doch unser utopischer Überschuss, diese kreative Kraft der Aktiven, lässt uns hoffen. Hoffen auf eine Welt des Miteinander, lässt uns neue Modelle entwickeln, Alternativen aufzeigen, Konzepte erproben und Inseln schaffen. In denen ein anders Miteinander jenseits von Konzernlogik und kapitalistischer Ausbeutung Wirklichkeit wird. Wir streiten für eine sozialökologische Transformation. Kurz gesagt, hier entwickelt die Zivilgesellschaft unsere Gegenwart von Morgen. Die Regionalgruppen sind oft die Hefe, aus der weiteres zivilgesellschaftliches Engagement entsteht. Aus den Attac-Gruppen gründen sich häufig weitere Initiativen, die einzelne Themenfelder bearbeiten. Z.B. Bürgerbegehren, Forderungen nach öffentlichen Wohnungsbau-gesellschaften, Verkehrswende-projekte, Food-Kooperationen, Solidarische Landwirtschaft, und vieles mehr. Nicht überall, wo Attac drinsteckt, steht Attac drauf!

Attac ist relevant, Attac wirkt.

Von Anfang an wurde daher versucht, unsere Aktivitäten zu behindern. So wollten wir im Jahr 2007 die Attac-Sommerakademie an der Hochschule Fulda ausrichten. Im Vorfeld der Veranstaltung bekam der damalige Präsident der Hochschule einen Wink aus Wiesbaden, er solle doch Attac seine Räume nicht zur Verfügung stellen. Kurz nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm seien Chaoten und gewaltbereite Randalierer zu erwarten. Der damalige Präsident Roland Schopf setzte sich dankenswerterweise über diesen Fingerzeig hinweg und so verbrachten über 700 Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland friedliche, spannende, inspirierende und auch unterhaltsame Tage in Fulda. Der damalige Fuldaer Oberbürgermeister Möller (CDU) sprach ein Grußwort zur Eröffnung und einer der Teilnehmer war der damals frisch bei Attac eingetretene Heiner Geissler. Die Überparteilichkeit von Attac ist eine große Stärke. So finden sich hier Attac-Mitglieder aus



tion unserer Gesellschaft durch neoliberale Verarmungspolitik, weg vom ausgeprägten Lobbyismus in der deutschen und europäischen Politik. Die internationale Vernetzung mit Attac in 40 Ländern stärkte die Bewegung. Die Forderung nach Schließung von Steuerroasen, die Verhinderung von Steuerflucht und die Erhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge wurden Schwerpunkte unserer Arbeit. Die Abwehr von Privatisierung, ich nenne hier nur den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn, mobilisierte Zehntausende.

Bereits im ersten Jahr kamen Tausende neuer Mitglieder hinzu. 200 Regionalgruppen entstanden. Das Bundesbüro wurde im Herzen des deutschen Finanzkapitalismus angesiedelt, hier in Frankfurt.

Bis heute werden die Aktiven von Attac als Globalisierungsgegner verunglimpft. Wir Attacies sind jedoch keine Globalisierungsgegner, wir sind Globalisierungskritiker. Immanuel Kant sagt: „Die Unmenschlichkeit, die einem anderen angetan wird, zerstört die Menschlichkeit in mir.“ Nicht die Abschaffung der Globalisierung überhaupt kann und darf das Ziel sein, sondern es ist die Gestaltung einer menschlichen Globalisierung, mit einer relevanten Teilhabe aller Menschen auf

die Finanzkrise mit Ihren weltweiten Verwerfungen das Finanzsystem fast zum Einsturz brachte. Nur dreistellige Milliardenbeiträge aus öffentlichen Mitteln konnten das fragile Kartenhaus noch stützen. Man sah den Schrecken in den Gesichtern der weltweiten Verantwortungsträger. Kurzzeitig sah es so aus, als würden jetzt dem entfesselten Markt endlich die Grenzen aufgezeigt und strenge Regeln eingezogen. Doch schafften es die Finanzakteure im Verlauf weniger Jahre, wieder die Oberhand zu gewinnen. Unter anderem durch die Umdeutung der Finanzkrise in eine Staatsschuldenkrise gelang es, den schwarzen Peter anderen zuzuschieben. Austeritätspolitik und Schuldenbremse sind die Folgen. Attac als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und utopischem Überschuss.

Der Aktionscharakter von Attac zeigt sich immer dann, wenn es gilt, aktiv und kreativ, dabei aber immer friedlich, alternative Positionen zu vertreten und in die Öffentlichkeit zu bringen, Alternativen zum TINA-Syndrom (There is no Alternative), Alternativen zu einer absurden Wirtschaft und Weltordnung des ewigen exponentiellen Wachstums.

Vom G8-Gipfel in Heiligendamm bleibt mir besonders die Eröff-

reichen, muss man manchmal auch über den Zaun steigen. Mann und Frau muss dann die üblichen eingefahrenen Wege verlassen, muss sich über Regeln hinwegsetzen. So ein Tag war Samstag, der 18. September 2018, der 10. Jahrestag der Lehman Brothers Pleite. Vor der Frankfurter Börse kamen mehrere Hundert Attacies zu einer kreativen Aktion zusammen. Der Demozug war bunt und mitreißend, kurz gesagt, eine typische Attac-Aktion.

Über den Zaun stiegen wir nach der Aktion: Über 60 Attacies tröpfelten nach und nach als Besucher getarnt in die Paulskirche, um sich bis in diesen Saal zu begeben und dem Aufsichtspersonal zu eröffnen, dass die Paulskirche von uns besetzt sei. An dieser Stelle möchte ich nochmal dem Oberbürgermeister Peter Feldmann danken, der trotz seines damaligen Auslandsaufenthaltes in seiner klaren, besonnenen und weitreichenden Entscheidung, unsere Besetzung bis zum darauffolgenden Sonntag zu dulden, unserem Anliegen entgegenkam. Zweck der Besetzung war, Aufmerksamkeit für einen ‚Diskurs um die Demokratie‘ zu bekommen und die Veröffentlichung der Paulskirchenerklärung, in der wir klare Aussagen im Grundgesetz in Bezug nehmen zu den aktuellen Fehlentwicklungen in Politik und Gesellschaft. Es war eine ganz

Aktionscharakter und utopischer Überschuss

Fortsetzung zu: 20 Jahre attac – Die Rede von Martin Uebelacker in der Paulskirche in Frankfurt am Main

allen demokratischen Parteien zusammen mit vielen Menschen ohne Parteibuch, die alle an gemeinsamen Themen, Kampagnen und Zielen zur Gestaltung der Gesellschaft arbeiten.

Im Jahr 2014 wurde Attac wegen seines politischen Engagements vom Frankfurter Finanzamt die Gemeinnützigkeit aberkannt. Das Urteil des Hessischen Finanzgerichts in Kassel dazu hätte nicht eindeutiger ausfallen können: Das Gericht stellte im November 2016 fest, dass Attac sich mit seinen Aktivitäten voll und ganz im Rahmen der Abgabenordnung bewegt.

Die Richter betonten, dass politische Aktivitäten einer Gemeinnützigkeit nicht entgegenstehen, sofern sie im Gesamtkontext eines gemeinnützigen Zwecks stehen und eingebettet sind in ein umfassendes Informationsangebot. Gemeinnützige Zwecke wie Bildung, die Förderung des demokratischen Staatswesens oder Völkerverständigung seien dabei ohne Einflussnahme auf die politische Willensbildung kaum zu verfolgen. Insbesondere die gemeinnützigen Zwecke der Bildung (die auch politische Bildung umfasst) und der Förderung des demokratischen Staatswesens seien weiter zu fassen, als es das Finanzamt vertrete. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Erst die persönliche Intervention des damaligen Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble an das Finanzamt Frankfurt, Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision einzulegen, führte dazu, dass unser Fall an den Bundesfinanzhof kam. Dieser kassierte das Kasseler Urteil und verwies den

Fall dorthin zur Neuverhandlung zurück. Die nächste Verhandlung dort findet übernächste Woche, am 26. Februar statt.

Das Vorenthalten der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt hat erfreulicherweise auch eine große Solidaritätsbewegung ausgelöst. Dennoch bleibt es ohne diesen Status schwierig, öffentliche Räume

anzumieten oder mit gemeinnützigen Stiftungen zusammenzuarbeiten.

Eine wirkliche Lösung des Problems der Gemeinnützigkeit von politischem Engagement sehen wir in einer Neufassung und Klarstellung der Abgabenordnung durch den Gesetzgeber. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Attac mit anderen

Vereinen die ‚Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung‘ gegründet.

Und so legen wir seit 20 Jahren die Finger in die Wunden unseres Gesellschaftssystems, benennen Schwachstellen und beleuchten Machenschaften der großen Konzerne weltweit. Wir scheuen auch weiterhin nicht den Konflikt mit

verantwortlichen Akteuren. Denn wir wissen: Eine andere Welt ist möglich!

Weiterführender Link zur Veranstaltung:
<https://www.attac.de/20-jahre-attac/startseite/>

Rede von Martin Uebelacker bei Youtube:
<https://www.youtube.com/watch?v=vnMfRroaKrc>



30 Jahre Hausbesetzung in Bad Hersfeld

Regionalgeschichte und rundes Jubiläum - recherchiert von Matthias Söhlke

Die Grenzen waren schon offen, die beiden deutschen Staaten aber noch nicht vereint. Genau in diesem Zwischenstadium kam das Thema Wohnungsnot mit einem lauten Knall in die Debatten des Bad Hersfelder Stadtparlamentes und hielt sich etliche Wochen. Am 23. Juni 1990 wurde ein alter Bau aus der Gründerzeit am Rande des Kurviertel besetzt. Als Grund gaben die Besetzer:innen mit einem die erfolglose Wohnungssuche in der Kurstadt an, während zahlreiche Häuser leer stünden, und zum anderen, um mit der Besetzung den geplanten Abriss des Hauses zugunsten einer geplanten Bulimieklinik zu verhindern.

Das Haus „Am Weinberg 11“ war einst ein Prachtbau mit sechs Wohneinheiten und bot runde 700 Quadratmeter Wohnfläche. Verzierte Türmchen, hohe Räume mit Kachelöfen und Holzdielen, jahrzehntelang von einer Hausgemeinschaft bewohnt und letztlich 1989 vom damaligen Besitzer Wolfgang S. aus Fulda entmietet. Um die Pläne für die Bulimieklinik umzusetzen, hätte auch das im Stil sehr ähnliche Nachbarhaus abgerissen werden sollen, denn nur beide Gelände zusammen, inklusive der großen Gartengrundstücke hätten für die Ausmaße eines Klinikbaus ausgereicht. Hätten! Im Gegensatz zum Weinberg 11 stand das Nachbarhaus Nummer 13 unter Denkmalschutz.

Als Gründe, das nun kurzfristig besetzte Haus nicht unter Denkmalschutz zu stellen, wurden in der Dokumentation der jüngere Umbau des Treppenhauses sowie der nicht einheitliche Baustil genannt.

Die Besetzung hielt nicht lange an. Am darauf folgenden Tag wurde das Haus von der Polizei geräumt, nur, um postwendend erneut besetzt zu werden. Nach der nächsten Räumung um Mitternacht ließ der Eigentümer die Eingänge in den frühen Morgenstunden unter Polizeischutz zumauern. Eine Woche später kam es zu einem großen Strassenfest mit Mahnwache vor dem Haus, das sein Ende in einer handfesten Auseinandersetzung mit der Polizei fand. Die Folgen: zwei Festnahmen und ein demoliertem Polizeibus. Die verhängten Strafgebühren, nach späterer Verhandlung vor Gericht, wurden durch Solidaritätsfeten eingespielt.

Verhindert hat die Besetzung den Abriss des Hauses nicht. Aber auch die geplante Bulimieklinik wurde nie gebaut. An der Stelle des Gründerzeitbaus steht nun ein schmuckloses Beton-Ensemble mit Mietwohnungen. Die Hausbesetzung vor 30 Jahren war die erste und bislang einzige Besetzung in Bad Hersfeld. Die Wohnungsknappheit indes ist gegenwärtig wieder ein heiß diskutiertes Thema.



WEINBERG 11 BESETZT!

Aufgrund eines bevorstehenden Abrisses haben wir in der Nacht zum Samstag, dem 23.6.1990 das Haus am Weinberg 11 im Bad Hersfelder Kurviertel besetzt!

Zum Haus:

Im Herbst 1989 wurden die Mieter des Hauses vom Hausbesitzer Wolfgang Seibicke (Fulda) rausgeschmissen. Das Gelände sollte angeblich einer Klinik weichen. Das Haus hat eine Wohnfläche von rund 700 m² und einen Garten von 500-600 m² dazu.

Im verwilderten Garten nisten viele gefährdete Vögel und andere Tiere.

Das Haus ist in bewohnbarem Zustand und stände längst unter Denkmalschutz, wenn nicht in den letzten Jahren die Treppe innerhalb erneuert worden wäre.

Eine Bürgerinitiative hat lange Zeit um den Erhalt des Hauses gekämpft. Im Frühling soll es wahrscheinlich abgerissen werden.

Das noch bewohnte Haus nebenan ist angeblich auch vom Abriss bedroht und diese beiden Riesengelände sollen einer Klinik mit Parkplatz weichen. Das sehen wir nicht ein!!!

V. J. S. d. P.: Besetzer vom Weinberg 11, 6430 Bad Hersfeld

In Bad Hersfeld sind Wohnungen knapp und teuer. Hier steht dringend benötigter Wohnraum leer. Aufgrund einiger sich im Kurviertel befindenden Kliniken wird eine weitere nicht dringend benötigt.

WEINBERG BLEIBT!

Stadtleben

Über Journalismus

AGORA trifft ehemalige „Bewegte“ Journalisten. Zu spät?

Auf Anraten von Jens Brehl, einem freien Journalisten und Buchautoren (siehe Seite 15), der unser AGORA-Team schon des Öfteren unterstützt hat, treffen wir uns mit zwei ehemaligen Redaktionsmitgliedern von move36. „Das sind zwei Gute!“, ergänzte Jens noch und verlinkte uns zur Vorbereitung mit einem Artikel von ihm über das Ende von move36, einem Jugendmagazin aus dem Hause Parzeller, das im September seine letzte Ausgabe veröffentlicht hatte (<https://www.fuldainfo.de/dont-move-mediengruppe-parzeller-stellte-jugendmagazin-move36-ein/>).

Wir waren skeptisch. Zum einen, weil man Parzeller schon lange nicht mehr mit gutem Journalismus in Verbindung gebracht hatte. Zum anderen hatten einige von uns das Magazin noch zu seinen Anfängen in Erinnerung, als man dort vor allem online Partybilder aus dem Fuldaer Nachtleben weitergeleitet bekam, was auch nicht so spannend war.

Andererseits erinnerten wir uns besonders zwei Artikel von move36, bei denen man merkte, dass dort Zeit in Recherche investiert wurde und echtes Interesse mit einfluss. Es

Sinne der gesetzlichen Kündigungsfrist rechtens, jedoch hätte man durchaus auch über sozialverträgliche Lösungen nachdenken können.

Die Art und Weise war bitter. Unsere Projektschulen, mit denen wir zusammen gearbeitet hatten, wurden in fünf Sätzen schriftlich verabschiedet. Überspitzt beschrieben: „War schön, aber alles geht mal zu Ende! Tschüss!“ Und das war doppelt so ausführlich wie das persönliche Gespräch, das wir mit unserem Geschäftsführer gehabt hatten.

A: Die Enttäuschung, die da mit-schwingt, ist nachvollziehbar. Besonders auch, weil ihr sicher sehr viel in das Projekt reingesteckt habt!

E: Ja, klar. Wir haben über einen längeren Zeitraum teilweise mit vier Leuten jeden Monat ein Magazin mit 80 Seiten produziert. Mit dabei waren auch Volontär:innen, die angelernt werden mussten. Das geht nur, wenn man für eine Sache brennt. Zusätzlich bedienten wir Social Media Kanäle, hatten Podcast und Videos produziert.

A: (Aus unserer semiprofessionellen Erfahrung als Herausgeber einer Bürgerzeitung sind wir kurz sprachlos, da

tagesaktuellen Themen gebunden und konnten dadurch tiefer in Themen einsteigen und sie durch das Einnehmen anderer Perspektiven ganzheitlicher darstellen.

A: Ja, genau das hat man gemerkt und diese Art des lokalen Journalismus wird in der Region immer weniger. Liegt das nur an der Finanzierungsfrage?

E: Das ist nicht nur in Fulda so. Viele Leser:innen wollen auch gar nicht so tief in Themen eintauchen. Selbst ein renommiertes Blatt wie die Zeit, die aus unserer Sicht ein gutes Beispiel für ausführlicheren Journalismus ist, bringt es in Fulda auf nur wenige Hundert Abonnements, mit denen man eine lokale Zeitung nicht finanzieren könnte.

In unserer Region ist der Journalismus und große Teile seiner Leser:innen noch eingefahrener als in anderen vergleichbaren Städten. Fulda ist nun einmal keine Universitätsstadt, in der es seit Jahrhunderten eine kritische Öffentlichkeit gibt.

In der FZ gibt es außerdem immer weniger Menschen, die auch mal kritisch und mit Empathie nachhaken wollen, um sich auch mal in die

A: Finde wir auch und besonders, wenn so wertvolle Oasen wie move36 mir nichts dir nichts auch noch ausgetrocknet werden.

In dem Artikel von Jens Brehl wird deutlich, dass ihr bei move36 mit euren multimedialen Konzepten schon ziemlich weit vorne wart. Worum geht es da genau und wurde denn von Parzeller etwas von eurer Pionierarbeit übernommen?

E: Parzeller hat für den Moment alles vom Netz genommen. Wir wären mit unserem neuen Konzept gerne durchgestartet. So hätte man Geschichten aus dem Magazin online weiterführen können. Wir hatten den Erscheinungszyklus auf sechs Ausgaben im Jahr runtergefahren, um mehr Zeit für Videos, Podcast und vieles mehr zu haben. Und mit einer ordentlichen, crossmedialen Vermarktungsstrategie, die die Geschäftsführung hätte etablieren müssen, wäre das sicher auch finanzierbar gewesen.

Außerdem finden multimediale Tools wie Scrollytelling weiterhin sehr spannend. Dabei erzählt man Geschichten oder Themen, in dem man Texte, mit Bildern, Videos, Podcasts, Präsentationen anreichert und durch einfaches Herunterscol-

lich noch hervorragende Journalismus-Projekte wie Perspective Daily für konstruktiven Journalismus, den Volksverpetzer oder mimikama, die sich zum Ziel gesetzt haben, Nazis zu entlarven und Lügenkampagnen aufzudecken oder auch das Portal „Über Medien“, das professionelle, hintergründige Medienkritik übt – alles Projekte, die sich vor allem durch Zahlungsbereitschaft der Fans finanzieren lassen. Leserbindung ist überhaupt der Schlüssel zu seriösem, unabhängig finanzierbarem Journalismus. Und nicht zuletzt gibt es natürlich auch gute Regionalberichterstattung der Öffentlich-Rechtlichen, aber das ist hinsichtlich Finanzierung natürlich ein ganz anderes Feld. Und wir finden diese Idee auch für lokale Projekte spannend.

Warum nicht ein eigenes Medium gründen, das durch feste Abos und freiwillige Geldbeträge auf eigenen Beinen steht? Man könnte sich dann Berichterstattungen über die Fuldaer Subkultur leisten, sie in Verbindung mit der städtischen Kulturpolitik stellen. Oder Randgruppen vorstellen. Die unglaubliche Arbeit von Organisationen wie die Drogenhilfe würdigen. Man könnte auch, gerade durch neue



Foto: Jens Brehl

ging um die L14 und Mitmachgärten, beides Themen die wir in der AGORA schon immer beleuchteten. Und je weiter wir uns mit move36 beschäftigten, um so bunter, kritischer und diverser wurde das Magazin. Eine Oase in der Fuldaer Medienwüste.

AGORA: Das ging dann doch schnell, mit dem Ende von move36!

Ex-36: Gegründet wurde move36 damals ja als „Baby“ von dem damaligen Geschäftsführer Rudolf Lechner und auch von Michael Schmitt, dem Unternehmensinhaber Parzeller Druck- und Mediendienstleistungen, Beide haben das Projekt immer wieder über die Jahre unterstützt. Wir bekamen ja schon mit, dass das Magazin kaum schwarze Zahlen schrieb. Hinzu kam der Wechsel in der Geschäftsführung bei Parzeller, die anscheinend nicht mehr 100% hinter uns stand. Was aber wirklich geschmerzt hat, ist die Tatsache, dass uns innerhalb von vier Wochen gekündigt wurde. In unserem Beruf und gerade in der Corona-Zeit war das eine echte Hausnummer. Dies war zwar im

wir nur im Ansatz das Ausmaß der Arbeit erahnen können). Eure Themenauswahl scheint mit der Zeit immer bunter – und aus unserer Sicht damit interessanter – geworden zu sein. Hatet Ihr thematische Vorgaben?

E: Jede Zeitung hat eine Hauslinie, was legitim und normal im Journalismus ist. Und die Fuldaer Zeitung (FZ) hat natürlich auch eine. Das merkt man besonders bei den Kommentaren. Die FZ ist konservativ, gut bürgerlich und wirtschaftsnah. Es geht aber dann für uns zu weit, wenn man eine Partei wie DIE LINKE vollkommen in der Berichterstattung außen vor lässt und andererseits Martin Hohmann (AfD) eine persönliche Plattform bekommt.

Wir von move36 hatten aber viele Möglichkeiten und waren da freier. Das war gerade für Redakteur:innen wie wir, die damals gerade erst anfangen, eine tolle Lernmöglichkeit, sich zu unterschiedlichen Themen multimedial ausdrücken zu dürfen.

Wir hatten die Möglichkeit, Magazin-Journalismus zu betreiben, waren dadurch nicht so sehr an die

Perspektiven von Randgruppen hineinzusetzen zu können. Der Chefredakteur scheint zusätzlich eher ein Sprachrohr der Geschäftsführung und deren wirtschaftlichen Interessen zu sein, statt sich auch als Vertretung seiner Journalisten zu sehen. Das ist in manchen Zeitungen anders.

A: Und Osthessen-News?

E: Die sind komplett werbefinanziert, also auf Klickzahlen angewiesen und der Geschäftsführer ist Mitglied der CDU.

A: Also, konkret, wo in der Region wird ausführliche, tiefgründige, kritische, nachfragende und in der Themenwahl vielfältige journalistische Arbeit geleistet?

Uns fällt da eventuell der Seitenwechsel (das Magazin von antonius) ein und ab und zu mal ein Artikel bei Fulda Info. Naja, und dann gibt es da noch eine kleine, aber feine Bürger:innen Zeitung, die Sie gerade in den Händen halten.

E: Für jemanden, der nicht gutbürgerlich und konservativ eingestellt ist, ist Fulda medial eine Wüste.

len immer neue Welten entdecken kann.

A: Kennt ihr denn Beispiele von lokalem Journalismus, der sich Zeit nimmt und Platz hat, Themen gut recherchiert auf den Grund zu gehen und sich trotzdem finanziell trägt? Ihr sagt ja selbst, man braucht Geld, um guten Journalismus zu machen.

E: Auf lokaler Ebene muss man da wirklich suchen. Aber die Gießener Allgemeine Zeitung bringt zum Beispiel seit Jahren viel mehr intensiv recherchierte Hintergrundgeschichten, auch aus kleinen Gemeinden, und das ist auch von der Geschäftsleitung so gewollt. Der Terminjournalismus steht hier nicht mehr an oberster Stelle. Und natürlich machen Medien aus großen Städten auch super regionale Berichterstattung. Storys über Frankfurt von der FAZ oder vom Tagesspiegel über Berlin sind ja auch Lokalgeschichte, eben aus Metropolen, aber deswegen nicht weniger lokal. Aber national hat es das noch recht frische Katapult Magazin geschafft, sich durch monatliche Abonnements unabhängig zu etablieren. Dann gibt es natür-

Methoden, wie eben Scrollytelling, gute Portraits von interessanten Menschen machen, die es hier in einer großen Vielzahl gibt – und nicht immer nur dem Oberbürgermeister oder irgendeinem Geschäftsführer huldigen. Außerdem könnte man inspirierende Menschen fragen, für das Medium zu schreiben.

A: Vielen Dank für eure ausführlichen Antworten!

Nachdem wir diese passionierte Antworten hörten, schauen wir uns im AGORA Team kurz an und müssen schmunzeln. Vieles dieser Vision klingt doch sehr nach dem, wonach wir uns auch sehnen. Wir bedanken und freuen uns, dass wir uns doch von einem Treffen mit den Beiden überzeugen ließen. Wunderbar, dass es solche engagierten Journalisten in unserer Region gibt. Vielleicht war ja das Treffen nicht zu spät, sondern erst der Anfang?

Stimme zu – Neutral – Stimme nicht zu

Welche Themen interessieren junge Menschen in der Kommunalpolitik? – Ein Gastbeitrag von Vanessa Hübner und Manuel Lebek

Ein Blick in ein beliebiges Nachrichtenmedium zeigt ein scheinbar unübersichtliches Durcheinander an Themen: Klimawandel, politische Unsicherheiten, soziale Unterschiede, individuelle Ratlosigkeit und zeitgleicher Wille zum Engagement, zur Veränderung. Die Bandbreite reicht von der Zukunft unseres Planeten (Thema: Klima) bis zu den kleinsten, nicht sichtbaren Teilchen (Thema: Viren). In diesen Zeiten kann wieder an die Idee des „Glokalen“ erinnert werden, global denken - lokal handeln. Ganz konkret stehen auf lokaler Ebene in Hessen und Fulda die Kommunalwahlen an. Dabei lohnt ein Blick darauf, wie die Themen junger Menschen von den zur Wahl stehenden Parteien und Wählervereinigungen diskutiert und politisch entschieden werden.

Vor kurzem lief in Deutschlandradio ein Feature mit dem Titel „Und wer fragt uns? Wie Jugendliche die Pandemie erleben“ [1] zur Sichtbarkeit der Anliegen und Themen junger Menschen in Zeiten der Corona-Pandemie. Dabei wurde von eben jener Generation bemängelt, dass gerade ihre Belange nur dahingehend vorkommen, wenn es sich um irgendwelches Fehlverhalten in der Öffentlichkeit oder die Absage von Veranstaltungen ginge, wobei die Gruppe von Studierenden überrepräsentiert sei. Die Lebenswelt von Auszubildenden oder Schüler:innen im Übergang von Schule zu Beruf kommt, laut Deutschlandradio, im öffentlichen Diskurs kaum vor. Ebenso sind Jugendliche und junge Erwachsene, die in Übergängen stecken und eben keine Grundschulkind mehr sowie noch keine ach so erwachsenen Erwerbstätigen rund um die 30 sind, öffentlich unterrepräsentiert. Eine Möglichkeit, dies zu ändern, ist ein bekanntes und praktisches Online-Tool zur politischen Meinungsbildung: die kommunale Wahlhilfe.

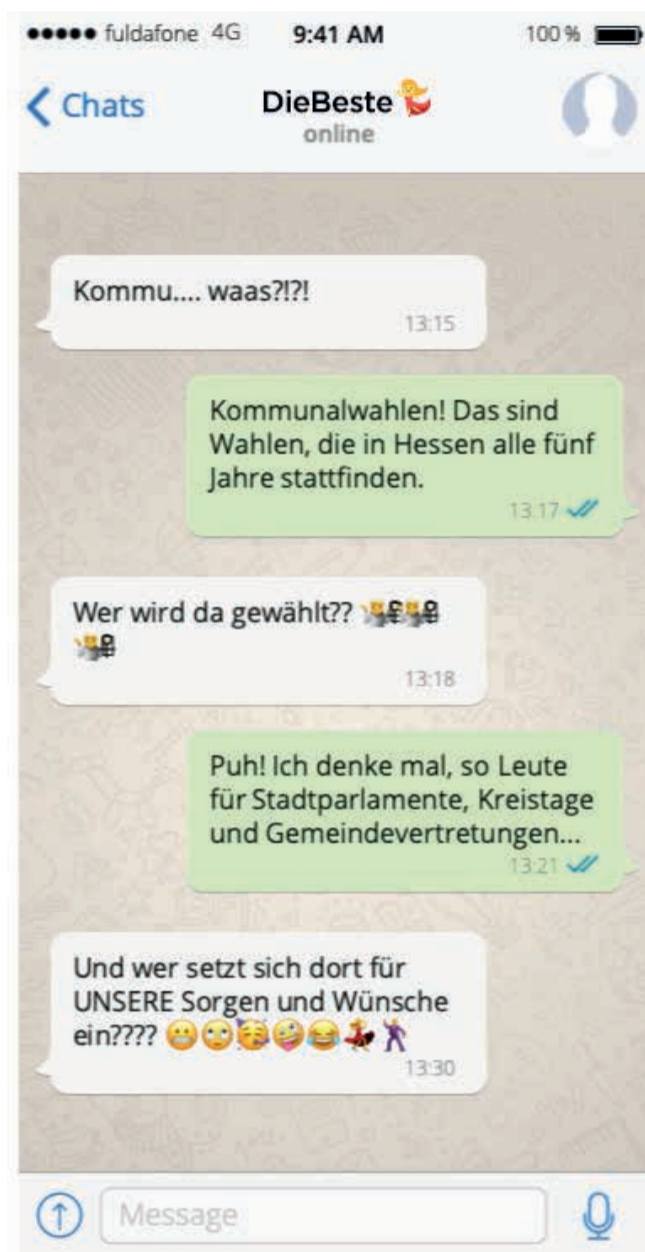
Kommunalwahl in Fulda: „Politik – was geht mich das an?!“

Die letzte Kommunalwahl in Fulda fand in allen hessischen Städten und Kommunen im März 2016 statt. Die Wahlbeteiligung lag hessenweit für die drei Wahlebenen (Kommune, Gemeinde, Landkreis) bei ca. 48 %. Seit den ersten Kommunalwahlen in Hessen 1956, in der die Wahlbeteiligung noch bei ca. 80% lag, sank diese über die Jahre kontinuierlich, wobei seit den 1990er Jahren der Stimmverlust deutlich fallender wurde. [2]

Allgemein wird in diesem Zusammenhang von einer gewissen „Politikverdrossenheit“ gesprochen. Bei den Bürger:innen ist oft zu hören, dass es in der Politik an Erklärungen für Zusammenhänge und politische Entscheidungen mangelt. Zudem werden fehlende Transparenz und unklare Positionen kritisiert. Dabei ist in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren nicht nur die politische Diskussion deutlicher und lebendiger geworden, sondern sind es insbesondere die Einmischung und Forderungen gerade aus der jüngeren Generation, die einen gewichtigen Anteil am politischen Diskurs haben. Zu nennen sind hier „Fridays for Future“ sowie insbesondere für Hessen „Wald statt Asphalt“. Das politische Interesse ist gewachsen; das gilt nicht nur für

das Thema Klima und Klimaschutz, sondern auch die Verkehrswende, Migration, Bildung, Datenschutz und Digitalisierung werden zu mittlerweile laut- und meinungsstarken Zukunftsthemen. Vieles lässt sich nur global lösen, politische Zuständigkeiten liegen dann nicht unbedingt bei den Städten und Kommunen; richtig ist jedoch auch, dass alle Zukunftsthemen immer wieder lokale Auswirkungen haben und

genüber Politik und Politiker:innen. Einige bemängeln, dass sie keinen Einfluss haben und deshalb auch nichts erreichen könnten. Gleichzeitig gibt es Jugendbewegungen wie Fridays for Future mit einer greifbaren Politisierung der Jugend – auf der Straße und im Netz. Und wissenschaftliche Untersuchungen zeigen auf, wie junge Menschen tatsächlich Politik wahrnehmen und verstehen.



politische Entscheidungen vor Ort getroffen werden müssen, um politische Ausrichtungen umzusetzen und die soziale Sicherung der Menschen vor Ort zu berücksichtigen. Für junge Menschen muss Politik zugänglich und praktisch erfahrbar werden. Auch wenn ein Kommunalwahlkompass zum Austausch von Informationen und Meinungen beiträgt, eine Wahlhilfe alleine reicht nicht aus. In der aktuellen SINUS-Jugendstudie 2020 zu Lebenswelten von Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren in Deutschland [3] beschreibt ein 15-Jähriger seine Bedeutung und Wahrnehmung von Politik:

„Ich fühle mich relativ eingeschränkt. [...] Jetzt nicht so eingeschränkt in ich darf nur das und das sagen, sondern in ich weiß fast nichts. So kann ich darüber einfach nichts sagen. Ich kenne fast keine Namen, ich kenne fast keine Strategien oder Techniken oder so. Und bestimmte Fachwörter, die für jeden selbstverständlich sind, kenn ich auch nicht. Also es ist schwer, darüber zu reden.“ (SINUS-Jugendstudie 2020: 393)

Knapp ein Drittel der jungen Generation sehen Politik „neutral“. Viele ihrer Aussagen zeige: ihr Unwissen über Politik ist sehr groß und bisher hatten sie kaum Berührungspunkte mit Politik und Politiker:innen. 52% der Befragten sprechen sogar davon, dass sie Politik nicht interessiere oder äußern Ablehnung ge-

Wenn junge Menschen kommunalpolitisch beteiligt werden und bei Entscheidungen in ihrer Stadt, in ihrem Landkreis und in ihrer Gemeinde mitreden können, steigt auch das Interesse, wählen zu gehen.

Und, wie stehst du zu Jugendbeteiligung und politischer Bildungsarbeit?

Stimme zu – Neutral – Stimme nicht zu.

Kommunale Wahlhilfe, was ist das?

Freizeit, Digitales, Jugendbeteiligung – erstmals wird es für Fulda eine Wahlhilfe für junge Menschen zur Kommunalwahl 2021 geben. In dem Online-Tool (ähnlich zum WahlO-Mat bei der Bundestagswahl) kann jeder persönliche Meinungen, Haltungen oder Präferenzen mit den Positionen von Parteien und Wählervereinigungen vergleichen. Für die anstehenden Kommunalwahlen erstellen bis Mitte Februar 2021 Jugendverbände und Jugendringe in mehr als 30 hessischen Städten, Landkreisen und Gemeinden in Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt, der Goethe-Universität Frankfurt und der hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Wahlhilfen zur demokratischen Beteiligung.

Wie entsteht die Wahlhilfe Fulda?

Ob in Schule, Jugendtreffs oder Vereinen – die Wahlhilfe soll viele

junge Menschen erreichen. In Fulda entwickelt das Bezirksjugendwerk der AWO Nordhessen einen parteipolitisch neutralen Kommunalwahlkompass. Mit dem Projekt möchte das „Team Fulda“ Bürger:innen politische Themen der Kommunalpolitik näherbringen und auch zeigen, Kommunalpolitik kann jugendpolitisch sein. Mehr als 20 Thesen zu Nachhaltigkeit, Partizipation, Migration, Bildung, Gender, Impfpflicht, Drogenkonsum oder auch Jugendsport wird der Kommunalwahlkompass beinhalten.

Eine These könnte zum Beispiel lauten: „Es soll mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum geben.“ Seit 20 Jahren werden Videosicherheitsstechniken in der Fuldaer Innenstadt ausgebaut. Neben einem Sicherheitsgefühl sollen Überwachungskameras zur Prävention und Nachverfolgung von Straftaten beitragen. Kritische Stimmen äußern, dass Videoschutzanlagen an Orten wie dem Uniplatz, Bahnhofsvorplatz oder auch dem Busbahnhof die Persönlichkeitsrechte einschränken und Straftaten sich an andere Orten im Stadtgebiet verschieben. Aber, wie stehst du dazu? Stimme zu – Neutral – Stimme nicht zu.

Anhand von Gesprächen mit jungen Menschen und zivilgesellschaft-

lichen Akteur:innen werden die Thesen für die Wahlhilfe Fulda entwickelt. Zum Thema „Mädchen und Frauen“ generiert das Team eine These mit der Feministischen Initiative Fulda. „Schwangerschaftsabbrüche sollen in Fulda möglich sein“, könnte eine These der Initiative heißen. Schwangerschaftsabbrüche sind in Fulda nicht möglich. Wenn ein Mädchen oder eine Frau eine Schwangerschaft abbrechen möchte, dann müssen Wege nach Kassel oder Hanau aufgenommen werden – eine weitere Hürde für ein selbstbestimmtes Leben. Aber, wie stehst du dazu, Schwangerschaftsabbrüche in Fulda zu ermöglichen? Stimme zu – Neutral – Stimme nicht zu.

Einen Monat vor den Kommunalwahlen wird der Kommunalwahlkompass auf Instagram, Facebook und der Homepage des Bezirksjugendwerks der AWO Nordhessen abrufbar sein. Auf dem Handy, Laptop oder PC, die Wahlhilfe funktioniert auf jedem Gerät. Fuldaer Bürger:innen werden so mitbekommen, „Wer steht zur Wahl?“ und „Wofür stehen die Parteien und Wählervereinigungen in Fulda?“ Mit dieser Wahlhilfe sollte es viel einfacher sein, am 14. März 2021 ein Kreuzchen zu setzen.

Fußnoten:

[1] Deutschlandradio: „Und wer fragt uns? Wie Jugendliche die Pandemie erleben“/Sören Brinkmann (11.12.2020)

[2] Hessisches Statistisches Landesamt: Die Kommunalwahl am 06. März 2016. (Online abrufbar).

[3] SINUS-Jugendstudie 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Zarbock: Bonn.



AGORA
FULDA

ZEITUNG FÜR MEINUNGSVIelfALT,
KREATIVE KRITIK UND SATIRE
Impressum

Herausgeberkreis und Redaktionsteam (V.i.S.d.P.): Felix Döppner, Hannes Spicker, Martin Uebelacker, Wolfgang Hautumm
Die Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Pressegesetzes.
Postanschrift: Felix Döppner, Löhnerstraße 24, 36037 Fulda
(Ladungsfähige Anschrift für die im Impressum genannten Verantwortlichen)
Auflage 4.000 Exemplare / Druck: Megadruck.de, Westerstede / Der Druck erfolgt ausschließlich mit Ökostrom.

Die AGORA erscheint mindestens einmal jährlich und wird kostenfrei verteilt. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln oder Bildern können über das Redaktionsteam angefragt werden.

redaktion@agora-fulda.de / www.agora-fulda.de / www.facebook.com/AGORAFD
Auf unserer Homepage finden Sie die kompletten Ausgaben zum Download. Teilen Sie uns mit Ihren Freunden und laden Sie diese zu uns ein.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder andere Zusendungen. Namentlich genannte Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Sofern nicht anders angegeben sind alle Fotos gemeinfrei.

Unsere Kontoverbindung (freundlicherweise durch KÖK e.V. zur Verfügung gestellt):
IBAN: DE38 5305 0180 0040 0097 93
BIC: HELADEF1FDS

Sparkasse Fulda
Verwendungszweck: AGORA Fulda

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!